

Aus dem Inhalt:
Vom Schachtwechsel zum
Bodensatzwechsel
Göbbels Geheimnisse
Beraushtes Deutschland
Görings Bluthochzeit

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Hitler in Danzig geschlagen

Die Opposition behauptet sich trotz Terror und Fälschung. — Eine Mahnung an den Völkerbund und die europäische Demokratie

Das Hitlersystem hat in Danzig eine Niederlage erlitten. Die Wahl zum Danziger Volkstag sollte den Nationalsozialisten mehr als 75 Prozent der Stimmen und Mandate bringen. Sie sollte ihnen die Macht über die Danziger Verfassung geben, sie sollte ein Plebiszit gleich dem Saarplebiszit werden. Im Besitze des Staatsapparats haben die Natio-

Nationalsozialisten	139.043	(109.029)	59,2%
Sozialdemokraten	38.015	(37.882)	16,2%
Kommunisten	7.990	(14.566)	3,4%
Zentrum	31.525	(31.336)	13,4%
Liste Weise	9.691	(13.596)	4,1%
Liste Pietsch	382	(—)	0,2%
Polen	8.310	(6.743)	3,5%

Wahlberechtigt 237.016, abgegebene Wahlscheine 13.482.

Gültige Stimmen 234.956. Ungültige Stimmen 1777, insgesamt 236.733.

Das bedeutet: Die Nationalsozialisten beherrschen Danzig, ohne eine Mehrheit des Volkes hinter sich zu haben! Sie haben mit Terror und Fälschung eine Parlamentsmehrheit erschlichen — aber die Lüge von der Volksgemeinschaft unter dem Hakenkreuz ist zersprungen. Die Sozialdemokratie, gegen die sich der Terror mit besonderer Wucht gerichtet hat, hat trotzdem Stimmen gewonnen!

Demokratie und Nationalismus

Nach dem Saarplebiszit hat die nationalsozialistische Propaganda aufgebuhelt: nur weiter so! Nach der Saar Memelland, Danzig, Sudetendeutschland, Oesterreich! Wählt, wählt, das Volk ist für Hitler-Deutschland! Unser ist die Waffe der plebiszitären Demokratie, der Stimmzettel geht dem Schwert voran, er legitimiert es. Ueber die Reichsgrenzen hinweg spricht der deutsche Rundfunk, in den Grenzgebieten stehen die geheimen Kampf-abteilungen in der Uniform der deutschen Irredenta, es wirbt die Macht des Reichs, die Anziehung seiner wachsenden militärischen Kraft. Unwiderstehlich ist die werbende Kraft des braunen Nationalismus in den Ländern deutscher Zunge — über alle Parteigrenzen hinweg fallen ihm die Massen zu!

Danzig war die Probe aufs Exempel!

Das Saarplebiszit war eine Erschütterung und eine Täuschung. Danzig ist eine Klärung und eine Mahnung.

Vom Saarplebiszit ging ein tiefer Pessimismus in der europäischen Demokratie aus, ein Pessimismus für den Frieden und für die Zukunft der Demokratie. Er nährte die geheime Sorge, daß der Nationalismus die Idee der Demokratie und der Freiheit niedergewälzt habe. Hoffnungslos wandten sich viele jenseits der deutschen Grenzen vom deutschen Volke ab, weil sie es restlos dem braunen Nationalismus, dem Geiste des Militarismus und der Gewalt verfallen, weil sie die Einheit von System und Volk für gegeben glaubten.

Die Danziger Wahl widerlegt diesen Pessimismus. Sie sollte ein zweites Saarplebiszit werden. »Heim ins Reich« — so hieß die Parole der Nationalsozialisten. Sie hatten alles für sich: die Macht, den Terror, die einseitige Propaganda, die Beispielwirkung des Saarplebiszits, den Appell an das Nationalgefühl, die Diffamierung der politischen Gegner als Landesverräter. Und dennoch dieses Ergebnis. Sie haben

nationalsozialisten ein Höchstmaß des Terrors aufgeboten. Sie haben die propagandistische Kraft des Reichs eingesetzt. Sie haben Göring, Göbbels, Streicher nach Danzig gerufen. Sie haben die elende Praxis der Wahlfälschungen betrieben. Das Ergebnis: noch nicht 60 Prozent der Stimmen, Stimmenzuwachs von Sozialdemokraten und Zentrum. Hier ist das Wahlergebnis:

keine Volksmehrheit in Danzig! Sie sind eine Minderheit, die mit verbrecherischen Mitteln und angemaßter staatlicher Macht die Mehrheit terrorisiert! Das ist eine Klärung, das zerreißt die Täuschung, die durch das Saarplebiszit geschaffen worden ist. Das ist ein Ergebnis von weittragender Bedeutung!

Das Hitlersystem ist die Verkörperung des brutalsten Nationalismus. Es hat mit grausamem Terror, mit der Vernichtung der Demokratie die These aufgestellt: der Nationalismus ist die wahre Demokratie. Es hat eine freiwillige Volksgemeinschaft vorgetäuscht, wo nur eine Gemeinschaft des Leidens und des Zwanges ist. Es legitimiert seinen Kriegswillen, seine Eroberungspläne mit dem Willen des Volkes — den es fälscht und unterdrückt. Es behauptet, demokratisch zu sein — aber es zeigt die Züge einer plebiszitären Demokratie, der verfälschtesten, widerlichsten Form der Massenherrschaft. Und selbst diese Züge täuscht es nur vor; denn wenn der Terror fällt, bricht selbst dieser Schein zusammen. Mit diesem Schein maskiert es seine Expansionspläne, mit diesem Schein wälzt es seine Verbrechen von den eigenen Schultern auf die Schultern des deutschen Volkes, lenkt es den Haß Europas von sich auf das deutsche Volk!

Zieht den Terror ab, und dann wollen wir sehen, was von der Einheit vom System und Volk übrig bleibt!

Der Terror hat auch die Danziger Wahl überschattet. Aber die Verfassung, vom Völkerbund garantiert, doch nicht geschützt, tausendfach durchlöchert und verhöhnt, gab der Opposition eine Möglichkeit: Gegenkandidaten aufzustellen. Die Werbung für sie, formell zugelassen — aber verboten, verboten! Die Kandidaten der Opposition: bedroht, verfolgt. Man hat ihnen unter Todesdrohungen parteiamtliche Aufforderungen ins Haus geschickt, sich zurückzuziehen. Der Knüttel und der Dolch haben gewütet. Und dennoch: dies minimale Recht, parteimäßig Gegenkandidaten aufzustellen, hat genügt, um den siegessicheren Nationalsozialisten diese Niederlage zu bereiten!

Nein, die Demokratie, die wahre Demokratie ist keine Waffe für den braunen Nationalismus, sie ist eine Waffe gegen ihn! Schon dieser letzte blasse Schimmer, diese Andeutung einer parlamentarischen Wahl hat sich als Waffe gegen ihn erwiesen. Das ist die Klärung. Das ist zugleich die Mahnung.

Zunächst für den Völkerbund. Er hat die Danziger Verfassung garantiert.

Hilferuf auf Hilferuf ist an ihn ergangen. Er hat nicht wirklich geholfen. Er hat geduldet, daß unter schamloser Verhöhnung der Verfassung die Kräfte der Demokratie terrorisiert worden sind. Er hat darüber hinweggesehen, daß es die Kräfte des Friedens sind, die dem Terror unterliegen. Diese Wahl sollte ein Schlag gegen ihn sein, gegen den Garanten der demokratischen Verfassung der Freien Stadt Danzig. Die Männer, denen er nicht seinen ganzen Schutz gegeben hat, haben diesen Schlag gegen ihn abgewehrt. Wird er nun sich daran erinnern, daß ihre Sache die Sache des Rechts, und damit die Sache des Friedens ist? Die Unerbittlichkeit im Schutze des Rechts darf nicht darunter leiden, daß ein Land klein ist, und daß es weit im Osten liegt!

Die Mahnung gilt auch für die Kräfte der europäischen Demokratie. Welche Anteilnahme hat der Saarkampf noch erweckt — aber auf welche Gleichgültigkeit ist die Danziger Wahl gestoßen! Es ist wahr, daß Danzig im Osten liegt, daß es nicht zum unmittelbaren Blickfeld der westeuropäischen Demokratie gehört. Aber ist das eine Entschuldigung? Die Männer und Frauen, die diesen Kampf durchgehalten haben, die nicht unter der Wucht des Terrors zusammengebrochen sind, die ein so schönes Beispiel des Muts und des Widerstands gegen ein übermächtiges terroristisches System gegeben haben, sie haben so allein und verlassen gestanden wie selten eine Kämpferschar. Wenn es Resignation war, die diese Haltung der europäischen Demokratie bestimmt hat, dann rufen wir ihr zu: befreit euch von der gefährlichen Täuschung, daß der kriegerische Nationalismus des Hitlersystems alle Kräfte der Demokratie und des Friedens zermalmt hat! Es ist eure Sache, für die in Danzig gekämpft wurde, es ist die Sache des Friedens, für die dort und in ganz Deutschland gerungen wird!

Jawohl, in Deutschland! Es war Göring, der in Danzig sprach: Danzig, ein Spiegel von Deutschland! Es ist ein Spiegel von Deutschland. Sie haben in Danzig eine Wahl veranstaltet wie vor Hitlers Machtergreifung im deutschen Lande Lippe. Sie haben in ein kleines Gebiet, kleiner als ein deutscher Reichstagswahlkreis, ihre ganze Kraft geworfen, sie haben Macht und Terror aufgeboten — und sie haben es nicht erreicht, ihre Gegner zu zerschmettern, sie haben es nicht verhindern können, daß ihre Gegner ge-

wonnen haben. Gebt Deutschland nur diesen letzten Schatten eines wirklichen Wahlrechts, gebt ihm nur das Recht, Parteikandidaten gegen nationalsozialistische Parteikandidaten zu stellen, und die Lüge von der Totalität des Volkswillens wird zu Ende sein! Danzig, ein Spiegel von Deutschland, — nun gut, das heißt: die nationalsozialistische Partei ist in Deutschland in der Minderheit, sie beherrscht mit terroristischen Mitteln die Mehrheit.

Auch in Deutschland wird gekämpft. Die unsichtbare illegale Oppositionsarbeit, in ihrem wahren Umfang eher dem Feind als dem Freund erkennbar, mag den Kräften der europäischen Demokratie, die an offene Wahlschlachten, an offen überblickbare Organisationen gewöhnt sind, weniger sagen als eine Wahlziffer. Aber es ist eine Täuschung, daß darum ihre Bedeutung geringer sei. Hinter ihnen stehen gewissermaßen virtuelle Wahlziffern. Hinter ihnen steht die gefesselte deutsche Demokratie, hinter ihnen steht die Feindschaft eines großen Teils des deutschen Volkes gegen das System, die Feindschaft gegen den Krieg, die Ablehnung des Völkerhasses und Rüstungswahns, der von dem braunen System gepredigt wird.

Es gibt eine Friedenspartei in Deutschland. Es ist nicht wahr, daß der Nationalismus des deutschen Volkes, daß der Kriegs- und Expansionswille des deutschen Volkes die Welt bedroht: es ist nicht Nationalismus und Wille des Volkes, sondern des terroristischen Systems.

Es ist die teuflische Methode der Verderber des deutschen Volkes, System und Volks als eins erscheinen zu lassen. Wehe der europäischen Demokratie, wenn sie dieser Suggestion unterliegt, die sich gegen sie selbst kehrt! Seht auf die Kämpfer von Danzig! Es ist euer Kampf, den sie geführt haben. Es ist euer Kampf, der in Deutschland gekämpft wird!

Neues Reichsplebiszit?

Das Propagandaministerium hat den Redaktionen der gleichgeschalteten Presse vertraulich mitgeteilt, daß die Reichsregierung erwäge, über ihre außenpolitischen Ziele eine neue Volksbefragung zu veranstalten, die den einheitlichen Willen der Nation bekunden soll.

Diese vertrauliche Information an die Presse ist vor der Wahl von Danzig ausgegeben worden.

Die Stimmung in Berlin

Gemachte Begeisterung — Zurückhalten der Bevölkerung

Wir erhalten das folgende Stimmungsbild aus Berlin:

»Die gesamte Berliner Arbeiterschaft steht selbstverständlich stark unter dem Eindruck der Regierungsverkündung betreffend allgemeine Wehrpflicht. Da die Arbeiter in richtiger Einschätzung des Wertes aller gegenwärtigen Presseerzeugnisse auf die Lektüre einer Zeitung überhaupt verzichten, bilden sich vor den Filialen der Berliner Tageszeitungen starke Ansammlungen, die interessiert die Fensterausgänge lesen. Da sich nur selten einer zu einer Bemerkung hinreißen läßt, da jeder in seinem lieben Mitmenschen neben sich einen Denunzianten und

Spitzel vermutet, geht es in den lesenden Gruppen sehr still zu. Ein Meinungsaustausch oder eine Diskussion wie früher ist ein Unding. Auch ein Beweis dafür, wie es in Wahrheit um die Volksgemeinschaft bestellt ist. Das gleiche Bild in den Lokalen und Verkehrsmitteln.

Jeder versucht ängstlich seine wahre Meinung zu verbergen, meldet seinen Mitmenschen, schaut scheinbar desinteressiert drein oder redet — wenn aus Höflichkeitsgründen nicht anders möglich — belangloses Zeug.

Steigt ein Fahrkartenkontrollor in die Straßenbahn ein oder läßt ein BVK-Schaff-

ner seinen Kollegen mit einem mehr oder weniger lauten oder verschnittenen »Heil Hitler!« ab, dann gibt es immer ein verwundertes Auf- und Dreinschauen der Fahrgäste, bei einigen wohl auch ein Beobachten der Gesichtszüge der anderen und manchmal ist ein ironisches Lächeln nicht zu verkennen. Vor der Begeisterung, die jene zweihundert Prozent Gesinnungs- und Gemütsathleten in Braunhemd und Arbeitsdienstuniform im Sportpalast bei der Verkündung durch Göbbels aufbrachten, ist im Straßenbild nichts, in den Betrieben und Büros schon gar nicht zu spüren gewesen.

Weitere Mitteilungen berichten über die Kundgebungen aus Anlaß des Urteils im Memellandprozeß. Diese Kundgebungen sind amtlich und in der Presse als spontane Kundgebungen des Volkswornes bezeichnet worden. In Wahrheit handelt es sich um befohlene, sorgsam organisierte Demonstrationen.

Die Organisationen, die dafür in Bewegung gesetzt worden sind, sind die Arbeitsfront, der Luftschutzverband und die NS-Volkswohlfahrt. Die NS-Volkswohlfahrt wird überhaupt mit Vorliebe für ähnliche Zwecke verwendet. Durch Handzettel und Hausanschläge waren Ort und Stunde der Kundgebung, sowie Anmarschwege bekannt gemacht worden. In vielen Betrieben wurden die Arbeiter verpflichtet, an der Kundgebung teilzunehmen. Es wurden Kontrollkarten ausgegeben. So kamen diese »spontanen« Kundgebungen zustande. Trotz aller Vorbereitungen ist ihr Umfang erheblich hinter ähnlichen befohlenen Demonstrationen zurückgeblieben.

Die Bevölkerung verfolgt die außenpolitischen Dinge eher mit Apathie, als mit wirklicher innerer Teilnahme.

Frauentragödie

Zum Tode von Mathilde Wurm und Dora Fabian

In der vergangenen Woche sind in ihrer Wohnung in London die Genossinnen Mathilde Wurm und Dora Fabian, seit Jahren trotz großen Altersunterschieds innig befreundet, tot aufgefunden worden. Sie sind freiwillig aus dem Leben gegangen.

Mathilde Wurm stand im 61. Lebensjahr. Ein Leben voller Arbeit lag hinter ihr. Vor fast fünfzehn Jahren starb ihr Mann Emanuel Wurm. Jahrzehntelang war er als Kampfgenosse von Karl Kautsky in der Redaktion der »Neuen Zeit«, wo man ihn wegen seiner besonderen Eignung als Theoretiker und Praktiker zugleich sehr schätzte. 1918 wurde er Staatssekretär für das Ernährungswesen, nachdem er während des Krieges die Einführung der Brotkarte durchgesetzt hatte und damit verhindert, daß die Lebensmittelversorgung zusammenbrach. Sein Wahlkreis Gers, mit dem er seit 1890 auf das Engste verbunden war, erwählte Mathilde Wurm zum Nachfolger, nicht aus Dankbarkeit für Emanuel Wurm, sondern aus Anerkennung wegen der von ihr selbst geleisteten Arbeit.

Ununterbrochen gehörte Mathilde Wurm bis 1933 dem Reichstag an, wegen ihres Fleißes allgemein bei Freund und Feind geschätzt. Erst im Mai 1933 verließ sie Deutschland wegen ihrer propagandistischen Arbeit, in den Monaten März, April und Mai von den Häschern Hitlers verfolgt und gehetzt. Ohne Wohnung brachte sie die meisten Nächte auf der Eisenbahn zu. Mit welchem Hass die Hitlersehergen die wehrlose Frau verfolgten, zeigt, daß man sie zwar nicht ausbürgerte, aber bestahl. Ihr Eigentum: eine kleine Wohnungseinrichtung, der wertvolle Rest der Bibliothek ihres Mannes und einige hundert Mark Spargeld wurden sofort beschlagnahmt. Erst jüngst veröffentlichte der »Reichsanzeiger« eine amtliche Bekanntmachung, daß man eine »Holzlaube« in Wannsee, in der sie ihre wenigen Freistunden verbrachte, enteignet habe.

Im Auslande setzte Mathilde Wurm die Arbeit fort, die ihr immer Lebensinhalt gewesen war, nämlich die Sorge für andere. Ihre Briefe enthielten nie ein Wort der Klage, selten kurze Bemerkungen über ihr persönliches Leben. Dafür aber war jeder Brief voller Anteilnahme und voller Hilfsbereitschaft für die unzähligen Opfer des Faschismus. Ihre guten Beziehungen zu Männern und Frauen der englischen Öffentlichkeit benutzte sie, um ihr Interesse für die Opfer des Faschismus, aber auch ihren Zorn und ihre Empörung für die daran Schuldigen zu wecken.

Mit Dora Fabian verband sie eine besondere Freundschaft. Als Tochter des ausgezeichneten sozialdemokratischen Juristen Hugo Heinemann, der besonders im Königsberger Geheimbundprozeß 1907 sein glänzendes Können bewies, war Dora Fabian von Jugend auf mit der sozialistischen Bewegung

Streiflichter aus dem Dritten Reich

Furcht vor dem Volke

Je mehr sich der außenpolitische Horizont verfinstert, um so aufdringlicher beteuern die Redner der nationalsozialistischen Diktatur, daß sie und das deutsche Volk eins seien. Hitler und sein Parteiparat seien getragen von der vertrauensvollen Hingabe der ganzen Nation. Daß das nicht ganz stimmt, beweisen die harten Urteile, die täglich vor vielen deutschen Gerichten nicht nur gegen Illegale, sondern auch gegen harmlose Kritiker gefällt werden. Wie tief hinter den Fahnen und Girlanden und dem Volksjubel bei den Spitzen der deutschen Diktatur das Mißtrauen insbesondere gegen die proletarischen Massen sitzt, beweisen Pläne zum raschen Niederwerfen von Revolten, Pläne, die vom Reichswehrministerium und Reichswehrkommandos im Einklang mit der Göringischen Polizei ausgearbeitet worden sind. Einer der teuflischsten davon ist, Städten oder Stadtteilen, in denen sich Auflehnungen gegen das Regime, sei es auch nur in der Form von größeren Streiks zeigen, das Wasser abzusperren. Frauen und Kindern soll nach dem Beginn der Regierungsaktion das Recht zum ungehinderten Abzug gewährt werden. Ebenso sollen diejenigen Männer Gnade finden, die sofort dem Befehl der Regierungsbefehlshaber sich fügen. Allen anderen aber soll nur die Wahl bleiben zwischen dem Tode des Verdurstens und den Standrechtskugeln oder den Kerkern der mitteldiosen Machthaber. Die Pläne sind neuerdings im Hinblick auf einen drohenden Krieg überarbeitet worden. Sollte er ausbrechen, so würde jeder Versuch, im Innern des Landes geistige oder materielle Sabotage zu treiben, mit einer Erbarmungslosigkeit unterdrückt werden, die in der Geschichte kaum ihres Gleichen kennt. Jeder, der in Kriegzeiten nicht willenlos dem Kommando der Regierung folge, habe sein Leben verwirkt. Das habe früher nur für die Soldaten gegolten, jetzt müsse es auch auf die Zivilisten Anwendung finden.

Aus Göbbels Heimatstadt

Die Stadt Rheydt am Niederrhein, vor hundert Jahren Wiege der deutschen Textilindustrie, hat vor zwei Jahren im ersten Ueberschlag der nationalsozialistischen Gefühle, den in ihren Mauern geborenen Dr. Joseph Göbbels zum Ehrenbürger ernannt. Stieg er in den dann folgenden Monaten im teuersten Hotel der Stadt ab, um Mutter und Freunde zu besuchen, so konnte er sich vor begeisterten Demonstrationen kaum retten. Das ist lange vorbei. Er kann jetzt nach Rheydt kommen, wann er will, ohne daß seine Mitbürger sich in Unkosten

verbunden. Ein sicherlich eigenwilliger Mensch, aber auch ein Mensch mit Fähigkeiten und Leidenschaften, dessen Weg unter den besonderen Umständen der Nachkriegszeit politisch nicht immer geradlinig verlief.

Die tiefere Schuld an dem Tode von zwei wertvollen Menschen liegt bei Adolf Hitler. Er raubte ihnen die Heimat, er raubte

stürzen. Im vorigen November hatte Rheydt sogar eine auffallend hohe Zahl von Neinstimmen. Das war immerhin nur eine Rebellion in der Wahlzelle. Was aber in der ehemaligen rheinischen Hochburg des Nationalsozialismus auch öffentlich schon möglich ist, dafür liefert die Nr. 12 der katholischen Kirchenzeitung einen Beweis. Sie rühmt, daß Katholiken und Protestanten gemeinsam eine nationalsozialistische deutschgläubige Versammlung in der Rheydt Stadthalle gesprengt haben. Als die Nazis Zwischenrufer hinausbefördern wollten, stimmten die Katholiken den Ambrosianischen Lobgesang an »Großer Gott wir loben Dich«. Ihnen folgten die Protestanten mit »Eine feste Burg ist unser Gott.« Die Kirchenzeitung spottet: »Es war das Geschickteste, was die Polizei tun konnte, daß sie wenige Minuten nach diesem Auftritt die Versammlung auflöste, denn die gläubigen Katholiken und Protestanten Rheydts haben mit einer nicht mißzuverstehenden Deutlichkeit gezeigt, daß sie nicht länger gewillt sind, die Schmähungen einer christusfeindlichen Welt hinzunehmen.« Die katholische Kirchenzeitung geht noch weiter. In kaum noch verhülltem Hohn weist sie darauf hin, daß der Führer und Reichskanzler zwar des öfteren betont habe, die nationalsozialistische Bewegung stehe auf dem Boden des positiven Christentums, aber seine Presse mache für die Deutschgläubigen Reklame. Die Empörung der Katholiken im Rheinland wird nicht wenig geschürt durch die Hinterhältigkeit gegenüber dem Jesuitenpater Spieker in Köln. Er sollte auf der Kanzel politisch gehetzt haben. Das Sondergericht mußte ihn freisprechen, da der einzige Zeuge, ein Studienrat, versagte. Darüber hat die deutsche Presse berichtet. Was sie aber verschwiegen, ist die Tatsache, daß die Geheime Staatspolizei den freigesprochenen Jesuitenpater sofort wieder in Schutzhaft genommen hat.

Von der Brücke

zum Bollwerk

Immer wieder verblüfft, mit welcher Frechheit die Nationalsozialisten die Leistung anderer als ihr Werk in Anspruch nehmen und im Auslande lassen sich nicht wenige Gutgläubige dadurch täuschen. In Köln hat dieser Tage der Reichsbildungsminister Rust gemeinsam mit dem Oberbürgermeister Dr. Riesen, einst Prokurist bei dem Bankjuden Louis Levi-Hagen die großen neuen Universitätsgebäude eingeweiht. Der neue Rektor Dr. v. Haberer predigte mit der Verlogenheit und mit der Schweifwedel, die das deutsche Professoren-

tum schändet, wie »die verantwortlichen Männer des neuen Deutschland« sich für die Erhaltung und den Ausbau der Kölner Universität eingesetzt hätten. Natürlich ist das Schwindel. Die Kölner Universität dankt der Revolution von 1918 ihr Entstehen. Sie wurde damals möglich durch die Zusammenarbeit von drei Männern: dem sozialdemokratischen Kultusminister Haenisch, dem sozialdemokratischen Abgeordneten Meerfeld, erster Ehrendoktor der Universität, der jetzt irgendwo im Reich ein dürftiges Alter fristet, und dem Oberbürgermeister Adensauer, der, vom jetzigen Regime geküßt, Köln nicht mehr betreten darf. Auch der jetzige Bau ist noch in der Weimarer Republik bewilligt, finanziert und zum größten Teile fertiggestellt worden. Nur das Verdienst der Einweihung und der Reden kommt den neuen Herren zu und noch etwas, das freilich alles andere als ein Verdienst ist: sie rufen die Kölner Universität als »ein Bollwerk« im Westen aus, während ihre Gründer diese deutsche Hochschule im Gegenteil als eine Brücke zwischen Westeuropa und Mitteleuropa, zwischen Frankreich und Deutschland sich dachten.

Es gibt gerade im Rheinland deutliche Anzeichen dafür, daß wachsende Teile der studentischen Jugend es satt haben, die deutsche Hochschule mit dem Kasernenhof zu wechseln zu lassen, und den Wunsch nähren, die Wissenschaft wieder auf die weltweiten Höhen zu erheben, auf denen sie stand, als sie noch nicht zum Frondienst in den nationalsozialistischen Parteibollwerken hinabgezwungen war.

Hannes Wink.

Zur Feier von Görings Hochzeit

Am Morgen von Görings Hochzeitstag, der in Berlin mit ekelhaftem Gepränge gefeiert wurde, sind im Berliner Gefängnis Plötzensee die Kommunisten Epstein und Ziegler mit dem Beil hingerichtet worden.

Als der Zuhälter Horst Wessel von dem Zuhälter und Berufsverbrecher Höhler im Januar 1930 in seiner Wohnung erschossen wurde, hatten die beiden auf der Straße gestanden. Der Täter Höhler hatte sechs Jahre Zuchthaus erhalten.

Das Urteil gegen die beiden war ein Justizverbrechen, die Hinrichtung ein glatter Mord.

Der Henker mit dem Handbeil, mit Blut bespritzt, war zur Verschönerung der Göring-Hochzeit unentbehrlich. Sie hätten ihn neben der ganzen Verbrecherbande mit in den Dom nehmen sollen. Er wäre ein würdiger Trauzeuge gewesen!

Die deutsche Regierung von heute handelt nach dem alten Prinzip. Sie »wahrt das Gesicht«. Aber es besteht Hoffnung, daß ihr diesmal die Maske heruntergerissen wird.

Sozialdemokr. Wahlerfolge

Im Schweizer Kanton Basel-Stadt haben Wahlen zur Regierung des Kantons stattgefunden. Diese Wahlen haben eine sozialdemokratische Mehrheit ergeben. Die Regierung setzt sich nun aus vier sozialdemokratischen und drei bürgerlichen Regierungsräten zusammen, während die frühere Regierung fünf bürgerliche und zwei sozialdemokratische Mitglieder zählte.

Die Stadt Basel liegt unmittelbar an der deutschen Grenze. Ihre Sprache ist deutsch, ihre Beziehungen zu Deutschland sind stark — aber der Wahnsinn des Dritten Reiches bleibt ohne Einfluß auf die Basler Bürger...

Wo der Terror nicht hinkommt, hat der braune Wahnsinn keine Chance.

Deutscher Rundfunk



(Prawda, Leningrad.)

Spionage und Verbrechen

Die Lügen der braunen Behörden im Fall Jacob

Die Behörden des braunen Systems haben sich im Falle Jacob auf schamloses Lügen verlegt. Sie haben Übung darin. Der Tatbestand schlägt alle Lügen zu Boden.

Wir haben am 3. Februar 1935 im Zusammenhang mit der Ermordung des reichsdeutschen Ingenieurs Formis auf tschechoslowakischem Boden folgende Fragen gestellt:

1. Wer wählt die Mörder aus, instruiert sie und versieht sie mit Geld und Waffen?
2. Wem melden die Mörder »Befehl ausgeführt« und wer belohnt sie?
3. Wie ist das Verhältnis zwischen der Reichsregierung und jener Behörde, die solche Morde beschließt und durchführen läßt?
4. Gibt es eine prinzipielle Billigung des Reichskanzlers für diese mörderische Aktivität jenseits der deutschen Grenzen?

Die Tatsache, daß jetzt das Auswärtige Amt bewußt falsche Behauptungen aufstellt, daß es eine Untersuchung im Falle Jacob ablehnt, daß es Verbrecher deckt, ist genügend Antwort auf die Fragen 3 und 4.

Auch die Frage nach der Spezialorganisation ist hinreichend beleuchtet. Wer versieht die Mörder mit Geld und Waffen? Es war

das Büro des Norddeutschen Lloyd in London,

das dem Verbrecher Wesemann die Silberlinge für seine Spitzeldienste geschickt hat. Es war ein Kapitän des Norddeut-

schen Lloyd, Manz, der die Gangsterbande befehligt hat.

Hier wird ein Teil einer umfassenden Organisation sichtbar. Die großen Schiffahrtsgesellschaften mit ihrer halbstaatlichen Stellung, mit ihrer engen Verbindung mit Regierung und militärischer Leitung sind traditionell die Träger der Agentenwirtschaft und der Spionage im Frieden wie im Kriege. In den Büros der Schiffahrtsgesellschaften wie der großen Speditionen unternehmen sitzen die Untercheffe der Spionage. Das ist eine internationale ebenso gut bekannte wie wütend bestrittene Tatsache.

Wir behaupten auf Grund des Materials über den Fall Berthold Jacob, daß die braune Militärspionage im engen Zusammenhang steht mit den Mord- und Entführungsverbrechen.

Gegenwärtig herrscht Spionagehochbetrieb. Die Hitlerregierung folgt alter Tradition, wenn sie die Einrichtung der Spionage wie die Taten ihrer Agenten mit kaltem Hohn leugnet. Es ist bekannt, welche Haltung die deutsche Regierung unter dem Reichskanzler Brülow zum Fall Dreyfuß eingenommen hat: sie hat kaltblütig zugesehen, wie sich Frankreich über diesen Fall zerfleischte, obwohl sie die Wahrheit, den wahren Spion, alle Zusammenhänge kannte. Sie hat gelehrt aus Prinzip: aus einem unehrlichen, unmoralischen, hundsgemeinen Prinzip.

Enthüllte Geheimnisse

Neue Geheiminstruktionen des Reichspropagandaministeriums an die deutsche Presse, letzte Märzwochen.

„Es ist unerwünscht, daß sich in deutschen Zeitungen immer wieder Nachrichten finden, daß im abessinischen Heer deutsche Instruktionsoffiziere und Ingenieure tätig sein sollen. Es ist keinesfalls gestattet, zu berichten, daß der Siemens-Konzern 25 Ingenieure nach Abessinien entsendet hat.“

„In Erörterungen über die Auffassung Polens in der deutschen Wehrpflichtfrage auf die Ruhe hinweisen, mit der Polen den deutschen Schritt aufgenommen hat. Stärkere Betonung des deutsch-polnischen Einverständnisses wäre zweckmäßig, insbesondere darauf, daß Polen in vollster Loyalität von Deutschland immer unterrichtet wird. Dagegen nicht gestattet, zu berichten, daß Polen über die Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht bereits bei dem Besuch von General Göring davon verständigt worden ist.“

„Die von der Reichsschrittungskammer eingeleiteten Maßnahmen zur Entfernung aller nichtarischen Mitglieder aus dem Reichsverband deutscher Schriftsteller werden zunächst etwa 1500 Nichtarier betreffen. Die Auskämmung soll planmäßig fortgesetzt werden. Es ist jedoch nicht erwünscht, diese Maßnahmen allzu sehr in den Vordergrund zu rücken.“

„Die Ueberwachungsstellen für Rohstoffverteilung teilen den Handelsredaktionen zur Orientierung und zur häufigen Verwendung in nationalwirtschaftlichen Aufsätzen mit, daß versucht werden müsse, neue Wege der Rohstoffbeschaffung zu ermitteln, da das bisher im Handelsverkehr mit den meisten Ausländern übliche Clearingsystem möglicherweise eines Tages aufhören kann, da in den Gläubigerstaaten die Abneigung wächst. Das Reichswirtschaftsministerium prüfe zur Zeit verschiedene neue Vorschläge zur Rohstoffbeschaffung.“

„Bei Erörterungen über die Aktivität des Deutschtums im Auslande darf nie erwähnt werden, daß und welche Zeitungen eine Deutschlandfreundliche Haltung einnehmen.“

„Die DD-Bank beabsichtigt, eine Reihe von Provinzialfilialen und Despositenkassen innerhalb Berlins zu schließen. Nachrichten darüber dürfen nicht veröffentlicht werden.“

„Es ist der Deutschen Presse streng untersagt, in der Frage der Wiedereinführung der Wehrpflicht irgendwelche Einzelheiten und Informationen zu veröffentlichen, die nicht ausdrücklich die Genehmigung des Reichswehrministeriums besitzen. In allen Kommentaren Beobachtung der amtlichen Richtlinien unerlässlich, immer wieder Betonung defensiven Charakters erwünscht. Nachrichten über Ausgestaltung des Wehrgesetzes nach wie vor verboten, solange nicht neue Ausführungsbestimmungen zum Wehrgesetz vorliegen. Anlässlich Rückkehr General Seeckts darauf hinweisen, daß dieser ständig mit der deutschen Heeresleitung in Fühlung gestanden und infolgedessen die besonderen Belange der deutschen Armee gründlich kennt. General Ludendorff ist dagegen seit 18 Jahren ohne jede Verbindung mit der Deutschen Heeresleitung.“

„Nachrichten, daß der Arbeitsdienst in der Wahnheide nahe bei Köln zur Durchführung bestimmter Arbeiten eingesetzt worden ist, dürfen nicht veröffentlicht werden, da es sich um Arbeiten in der sogenannten entmilitarisierten Zone handelt.“

„Die Handelsredaktionen werden dringend ersucht, die Ausweise der deutschen Sparkassen mit

England, Rußland und der Ferne Osten

Die Auffassungen, von denen gegenwärtig die russische und die englische Außenpolitik beherrscht wird, weisen eine wichtige Divergenz auf: In Rußland wird zweifellos die Lage ernster angesehen als in Großbritannien, wo einflußreiche politische Kreise noch immer von der Illusion beherrscht sind, durch ein zu nichts verpflichtendes Schaukelspiel die heraufziehende Kriegsgefahr bannen zu können. In Rußland jedoch herrscht die Auffassung vor, daß es zur Zeit zwei große Gefahrenherde für den Weltfrieden gibt: Deutschland und den Fernen Osten.

Es ist bemerkenswert, daß diese Auffassung auch im Londoner »Economist« zum Ausdruck gelangt: »Unsere Aufmerksamkeit — heißt es dort — wird durch die niederdrückenden Aussichten in Europa in Anspruch genommen. Inzwischen legen die Japaner eine immer größere Aktivität an den Tag. In den letzten Wochen haben die Anzeichen zugenommen, daß Japan in nächster Zeit einen weiteren Schritt im Fernen Osten unternehmen wird. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das zeitliche Zusammenfallen der kritischen Momente in diesen beiden Teilen der Welt keineswegs zufällig ist. Offensichtlich schaffen die Schwierigkeiten Europas für Japan eine günstige Gelegenheit. . . Wenn wir diese Dinge richtig einschätzen, so erkennen wir, daß Japan die gegenwärtige Lage auszunutzen will, um China in die Tasche zu stecken.«

Der Alarmruf des angesehenen englischen Finanzblattes kennzeichnet in durchaus zutreffender Weise die zunehmende Spannung im Fernen Osten. Seit der Aufrichtung des Hitlerfaschismus sucht das mit ihm befreundete Japan in beschleunigtem Tempo den Kurs fortzusetzen, den es 1931 durch den Raub der Mandschurei eingeschlagen hat. Das Bestreben Japans geht dahin, die Hegemonie über China an sich zu reißen und durch Schaffung einer panasiatischen Monroe-Doktrin den östlichen Teil des asiatischen Kontinents unter seine Herrschaft zu zwingen. Diesem Ziel dient auch die Annäherung zwischen Japan und Tschiang-Kai-Tschek, dem ehemaligen Führer der nationalrevolutionären Partei Kuomintang, der infolge finanzieller Schwierigkeiten geneigt zu sein scheint, sich dem japanischen Imperialismus in die Arme zu werfen.

Die Erstarkung der japanischen Position in China hat naturgemäß ein starkes Echo bei allen im Fernen Osten interessierten Mächten ausgelöst. In den Vereinigten Staaten wächst die Befürchtung, daß durch die offen proklamierte Hegemonie Japans die »offene Tür« in China für den auswärtigen Handel geschlossen werden könnte. Außerdem ist man um das Schicksal der Philippinen besorgt, die bei der erstarkenden Macht Japans ihm leicht zum Opfer fallen könnten. Ebenso wächst die Angst Großbritanniens, Frankreichs und Hollands um das Schicksal Indiens, Australiens und der Südseeinseln. Bezeichnend ist der Alarmruf General Smuts, eines der Führer der Südafrikanischen Union, der ein Zusammengehen Englands und der Vereinigten Staaten zur Abwehr der japanischen Gefahr fordert: »Wüßte Japan, — so erklärte er vor einigen Wochen in einer Rede — daß zwischen der englischen und der amerikanischen Gruppe wenn auch keine Vereinbarung, so jedenfalls eine tatsächliche Zusammenarbeit besteht, so würde das wahrscheinlich

größter Rücksicht auf finanzpolitische Notwendigkeiten zu besprechen.“

„Nachrichten und Gerüchte, daß die nach dem Versailler Vertrag geschleiften Festungen im Zuge der deutschen Gleichberechtigungsmaßnahmen wiederhergestellt werden sollen, dürfen nicht veröffentlicht werden. Auch Dementis unerwünscht.“

„Es ist verboten, über die Rückkehr deutscher Kriegsschiffe aus dem Stillen Ozean zu berichten und ebenso über deutschefeindliche Kundgebungen im Hafen von San Francisco bei der Landung deutscher Seeleute.“

„Die Deutsche Presse hat in letzter Zeit mehr als im wehrpolitischen Interesse liegt über gewisse Umlagerungen in der deutschen Industrie und über ihre Verlegung ins

genügen, um den Frieden am Stillen Ozean zu sichern.«

Das Vordringen Japans hat selbstverständlich auch in der Sowjetunion die stärksten Besorgnisse und entsprechende Gegenmaßnahmen hervorgerufen. Noch vor wenigen Tagen schrieb der Chefredakteur Bucharin in den Moskauer »Iswestija« in einer Betrachtung über die Probleme des Friedens:

»Wo liegen augenblicklich konkret die wahrscheinlichsten Herde des Krieges? Bis vor kurzem war der Ferne Osten ein sehr gefährlicher Kriegsherd. Die japanische Angriffslust in China, die Okkupation der Mandschurei, die weitgehenden Pläne weiterer Eroberungen, darunter Pläne, die sich auf das Gebiet der Sowjetunion bezogen, eine ganze Reihe von militaristischen Aktionen auf der Ostchinesischen Bahn usw. bedeuteten eine ungeheure Gefahr für den Frieden. Wie war demgegenüber die Haltung der Sowjetunion? Es war die Haltung des Kampfes um den Frieden, selbst um den Preis von Konzessionen. Der Verkauf der Ostchinesischen Bahn auf Anregung der Sowjetunion und ihre äußerste Nachgiebigkeit bei den Verhandlungen ist eine Tatsache, die keinem Zweifel unterliegt. Wie war die Haltung Deutschlands? Es war und ist die Haltung einer Unterstützung des gefährlichsten Feuers im Fernen Osten. Keine einzige europäische Macht hat im Fernen Osten so sehr das Feuer geschürt, wie es Deutschland getan hat. Auch das ist eine unwiderlegliche, historische Tatsache.«

Die weiteren Ausführungen Bucharins lassen es verständlich erscheinen, weshalb die Sowjetunion das Schwergewicht ihres Abwehrkampfes gegen die Kriegsgefahr nach dem Westen verlegt hat. Die Gefahr, die ihr vom neuerstandenen deutschen Militarismus droht, erscheint ihr größer und brennender, als die im Fernen Osten. Gegenüber der explosiven Gefahr des von Hitler geführten neudeutschen Imperialismus gilt es, alle Kräfte der Abwehr und der Friedenserhaltung zu sammeln, um nicht nur den Osten, sondern auch den Westen Europas von dem Feuer des Krieges zu bewahren.

Wo liegt das Schwergewicht aller Bemühungen um die Erhaltung des Friedens?

In England, antwortet Karl Radek in zwei instruktiven Artikeln in den Moskauer »Iswestija«. England hat, so führt er aus, mit seiner traditionellen Spekulation auf das »Gleichgewicht der Kräfte« im Fernen Osten wie in Europa Schiffbruch erlitten. Im Fernen Osten hat es durch seine jahrelange Schaukelpolitik zwischen den Vereinigten Staaten und Japan nur die Macht des japanischen Imperialismus gesteigert und dadurch die Existenz seiner indischen Besitzungen und der englischen Dominions am Stillen Ozean gefährdet. Jetzt muß es sich entscheiden, welche Haltung es gegenüber der japanischen Gefahr einnehmen soll. Ebenso hat die englische Politik durch ihre wohlwollende Haltung gegenüber Hitler die gegenwärtige Machtverschiebung zugunsten des neudeutschen Militarismus gefördert und dadurch nicht nur seine eigene Sicherheit gefährdet, sondern auch das Gleichgewicht der Kräfte in Europa über den Haufen geworfen.

Radek umreißt die drei politischen Strömungen, die gegenüber den bestehenden Kriegsgefahren in England bestehen. Es ist erstens die Richtung der sogenannten »Isolationisten«, geführt von der Presse Lord Beaverbrooks. Diese Richtung verlangt, daß England sich weder in Europa noch in Asien in die dort bestehenden Gegensätze und Konflikte einmische, sondern sich darauf beschränke, die wirtschaftlichen Verbindungen

mit den Dominions und den Kolonien auszubauen, und die Verteidigungsmittel des Empire zu verstärken. Diese Richtung, die gewisse Berührungspunkte mit den pazifistischen Strömungen in den Volksmassen hat, ist unreal, da sie die Tatsache übersieht, daß England mit seinen weltumspannenden Interessen nicht außerhalb eines Weltkonfliktes bleiben kann, sondern früher oder später in ihn hineingezogen werden würde.

Die zweite Richtung, deren Sprachrohr die Presse Lord Rothermeres ist und die mit dem Finanzkapital eng liiert ist, will die Kriegsgefahr bannen, indem sie den deutschen und den japanischen Imperialismus auf andere Staaten ablenkt. Die Folge wäre: Einerseits freie Hand für Hitler im Osten und Südosten Europas, und andererseits freie Hand für Japan im Fernen Osten! In beiden Fällen wäre die Entfesselung eines Weltkrieges gewiß, bei dem letzten Endes auch das englische Weltreich in die Brüche gehen würde.

Die dritte Richtung endlich, die in der Presse von Wickham Steed und Garvin, und im Parlament von Austin Chamberlain repräsentiert wird, und die sich auf die einsichtsvollsten Kreise der konservativen Bourgeoisie stützt, lehnt die Illusionen der beiden ersten Richtungen ab und erkennt, daß der Krieg, wenn er einmal ausbricht, nicht lokalisiert werden kann. Das bezieht sich ebenso auf Europa wie auf den Fernen Osten. Deshalb bildet in Europa der Friede ein unteilbares Ganzes, das durch ein Zusammengehen mit Sowjetrußland gesichert werden muß, und deshalb kann auch der Friede im Fernen Osten nur durch ein Zusammengehen Englands mit den Vereinigten Staaten (und natürlich auch mit Rußland) geschützt werden.

Zieht man die hier skizzierten politischen Strömungen in Betracht, so erscheint das Wechselspiel, das heute die englische Politik bietet, um vieles verständlicher. Es ist die schwankende Politik eines Landes, das sich nur schwer von der traditionellen Linie der »balance of powers«, der Aufrechterhaltung eines politischen Gleichgewichtes, lösen kann, mit deren Hilfe es über hundert Jahre lang die Gegensätze zwischen den anderen Staaten ausnutzte und seine Weltmacht aufbaute. Auch jetzt noch hoffen einflußreiche Kreise der konservativen Bourgeoisie und des Finanzkapitals diese politische Linie fortsetzen zu können. Sie spekulieren hierbei auch auf den tiefverwurzelten Friedenswillen der englischen Arbeiterschaft und glauben hierbei auch der Labour party bei den bevorstehenden Wahlen den Wind aus den Segeln zu nehmen, wenn es ihnen gelänge, durch Konzessionen an Hitlerdeutschland und an Japan, wenn auch nur für einige Zeit einen Scheinfrieden herzustellen.

Doch mit Recht wenden sich selbst einsichtige konservative Wortführer gegen diese Illusion, die den Krieg nur um so sicherer heraufbeschwören würde. So schreibt Garvin im »Observer« klipp und klar:

»Es bleibt Friede, wenn England stark ist und zu handeln versteht. Es kommt zum Krieg, wenn es schwach ist und sich überspielen läßt. . . Wenn wir im Juli 1914 einiger und entschlossener gewesen wären, wäre damals ein Weltkrieg verhindert worden und vielleicht hätte er niemals stattgefunden.«

Für den Frieden der Welt wäre es gut, wenn die englischen Staatsmänner in Stre- » diese Warnung beherzigen würden.

Reichsinnere berichtet. Es wird den Schriftleitungen dringend nahegelegt, diese Vorgänge überhaupt nicht zu erwähnen, da sie in den Rahmen der Nationalverteidigung gehören.“

„Die deutschfreundliche Propaganda bedient sich in zunehmendem Maße der in der Deutschen Presse veröffentlichten Wirtschaftsstatistiken um Deutschlands Wirtschaftskredit im Auslande zu untergraben. Es ist daher Pflicht der nationalbewußten deutschen Schriftleitungen, bei der Veröffentlichung von statistischen Angaben sich nur auf solche zu beschränken, die der gegnerischen Propaganda keinen Stoff bieten.“

„Das Auswärtige Amt läßt die deutschen Schriftleitungen ersuchen, in der Angelegenheit des verhafteten Berthold Jacob Salomon gegenüber der schweizerischen Regierung keine scharfen Polemiken zu gebrauchen. Es

ist sogar erwünscht, im allgemeinen bei der Berichterstattung über diese Angelegenheit sich nur auf die amtlichen Äußerungen zu beschränken.“

„Nicht erwünscht ist die Mitteilung, daß während der Verdunkelungsaktion in Berlin besonders in den Arbeitervierteln eine starke illegale Propaganda festzustellen war.“



Der Friedensengel

Die Gesetzmäßigkeiten der Kriegswirtschaft

Vom Kellerwechsel über den Schachtwechsel zum Bodensatzwechsel

Betrogene Hausbesitzer

Zu den Schichten, die das nationalsozialistische Regime neben den Agrariern und Rüstungsindustriellen am meisten wirtschaftlich begünstigt hat, gehören die Hausbesitzer. Diese sind in den deutschen Städten zumeist Angehörige des Gewerbes und des Handels und stellen eine wichtige und einflußreiche Gruppe der städtischen Mittelständler dar, auf deren Rücken die Nationalsozialisten zur Macht emporgeklettert sind. Seitdem fielen den Hausbesitzern in reichem Maß staatliche Subventionen und steuerliche Entlastungen zu. Da gab es Zuschüsse für Reparaturen, die Beiträge zu den Umbaukosten, die zwangsweise Senkung der Hypothekenzinsen, umfangreiche Steuererlässe und schließlich die Senkung der Hauszinssteuer bis zu ihrem künftigen völligen Wegfall. Da die Mieten trotz der fortwährenden durch den Staat auf Kostender Allgemeinheit erfolgten Steigerung des Einkommens der Hausbesitzer nicht herabgesetzt worden sind, ist der Ertrag aus dem Hausbesitz gestiegen. Infolgedessen ist der Wert der Häuser seit etwa zwei Jahren von durchschnittlich dem Viereinhalbfachen auf das Sechsfache der Friedensmiete gestiegen. Die Hausbesitzer waren zufrieden.

Aber die Diktatur ringt mit großen finanziellen Schwierigkeiten. Schacht ist weder willens noch imstande, den Milliardenausgaben für die Rüstungen Einhalt zu tun und so sucht er wenigstens Millionen an der nicht militärischen Arbeitsbeschaffung zu sparen. Er kann nicht die Vermehrung der schwebenden Schulden um Milliarden zur Bestreitung der Aufrüstung verhindern, und so sucht er wenigstens einige Millionen durch Zwangsanleihen zu konsolidieren. Und die Bedrängnis ist doch schon so groß, daß er zu immer krampfartigeren Maßnahmen greifen muß, um das künstliche Gebäude aufrechtzuerhalten, — Maßnahmen, die auch die politischen Grundlagen der Hitlerherrschaft schwächen müssen.

Am 1. April sollte die Ermäßigung der Hauszinssteuer um 25 Prozent in Kraft treten. Aber die Diktatur hat die Hausbesitzer, ihre treuesten Anhänger, in den April geschickt. Am 30. März wurde plötzlich ein »Gesetz zur Förderung des Wohnungsbaues« erlassen. Es bestimmt, daß die Hausbesitzer in den Rechnungsjahren 1935 und 1936 die Steuer in dem bisherigen Ausmaß an das Reich abzuführen haben werden. Mit der 25prozentigen Ermäßigung, die bereits gesetzlich festgelegt war, ist es also zunächst nichts. Der Bruch des Versprechens wird allerdings beschönigt. Die Hausbesitzer bekommen für 25 Prozent der in der alten Höhe abgeführten Steuer eine verzinsliche Anleihe. Die näheren Bedingungen sind noch nicht bekannt, doch dürfte die Verzinsung kaum mehr als 4 Prozent betragen, also kaum einen Kurs von 80 Prozent erreichen. Aber es ist noch gar nicht sicher, ob die Anleihe zum Handel an den Börsen oder zur Lombardierung bei den Banken zugelassen wird oder nicht, vielmehr auf einige Zeit gesperrt bleibt. Es läßt sich noch nicht absehen, in welchem Ausmaß oder ob überhaupt die Hausbesitzer sich durch den Verkauf der Anleihe werden Geld verschaffen können. Jedenfalls muß es am 1. April bei den Pg-Hausbesitzern eine nette Aufregung gegeben haben, als sie erfuhren, daß sie statt der Steuersenkung eine Zwangsanleihe, wie sie im Buche (des Staatsbankrotts) steht, von ihrem geliebten Führer beschert bekommen haben und sich davon überzeugen mußten, daß es sich um keinen Aprilscherz gehandelt hat.

Da die Hauszinssteuer zuletzt etwa 900 Millionen Reichsmark gebracht hat, so machen die 25 Prozent 225 Millionen aus — die Zwangsanleihe für die beiden Jahre beträgt also 450 Millionen, — eine ganz respektable Summe. Die Hauszinssteuer sollte am 1. April 1937 um weitere 50 Prozent des ursprünglichen Jahresbetrages gesenkt und nach weiteren zwei Jahren völlig aufgehoben werden. Jetzt legen sich die Betroffenen die bange Frage vor, wie es ihnen dann ergehen soll, wenn sich die Etat- und Schuldenlage erst recht

verschlechtert haben wird. Die Hauszinssteuer — das war ja die kalte Sozialisierung des Hausbesitzes, das war ja die verfluchte Expropriation durch die Sozialdemokraten. Sie hatten Hitler gewählt, weil die Nazis ihnen die völlige Beseitigung in kürzester Frist versprochen hatten. Und jetzt statt Steuerbeseitigung die Zwangsanleihe... Was für Esel sind wir gewesen! Aber sie flüstern es nur, wenn sie unter sich sind.

Alles für die Rüstung!

Schacht war zu seinem Streich gegen die Treuesten der Hitler-Treuen gezwungen, denn sonst wäre der Wohnungsbau völlig zum Erliegen gekommen. Denn während das verfluchte Weimarer System jährlich 2 bis 3 Milliarden Reichsmark für den Bau von Wohnungen zur Verfügung gestellt hatte, stand im dritten Jahr Hitlers nichts mehr bereit. Schon 1934 waren nach einer Schätzung der Bau- und Bodensatzbank für Neubau und Umbau nur zirka 230 Millionen aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung gestellt. Für 1935 war nichts mehr da.

Das Versiegen der Wohnbautätigkeit hätte aber nicht nur schlimme Folgen für den Arbeitsmarkt gehabt. Die Wohnungsnot macht sich überhaupt sehr stark bemerkbar. Einmal weil die Ehestandsbeihilfen zu vermehrter Eheschließung geführt haben, während die Neubauten stark zurückgegangen sind. Dann aber — wie könnte es im Hitlerreich anders sein — aus Gründen, die unmittelbar mit der Aufrüstung im Zusammenhang stehen.

Es werden in großem Umfang Rüstungsbetriebe aus den Grenzbetrieben in das Innere verlegt oder dort neu errichtet. Und für diese Umlagerung ist auch die Anlage neuer Wohnsiedlungen nötig.

Ihre Errichtung kann natürlich nicht den Rüstungsfabrikanten zugemutet werden, dazu müssen öffentliche Mittel her. Aus dem Etat konnte sie Schacht nicht nehmen; hätte es sich nur um Wohnungen für gewöhnliche Arbeiter gehandelt, so hätte er den Hausbesitzern vielleicht noch das Leid erspart. Aber Wohnungen für Arbeiter der Rüstungsindustrie müssen eben unter allen Umständen gebaut werden.

Die 225 Millionen, die der Hausbesitz für 1935 zu den Zwecken der »Kleinsiedlung und des Kleinwohnungsbaus« zur Verfügung stellen muß, werden noch um 50 Millionen vermehrt, die an der Gewährung von Ehestandsdarlehen eingespart werden sollen. Diese seinerzeit mit solchem Tamtam angepriesenen Unterstützungen, die die Ehen und das Wirtschaftsleben in gleich ungeahnter Weise befruchten sollten, betrugen ursprünglich 500 Millionen jährlich. Jetzt waren sie für das Etatjahr nur mehr mit 150 Millionen angesetzt und Schacht verringert sie neuerdings um ein Drittel! Selbst für diese Lieblingsidee der Nationalsozialisten mangelt das Geld!

Die Produktion des Kanonenfutters wird verlangsamt, vorläufig reichen die vorhandenen Vorräte.

Vom Kellerwechsel zum Schachtwechsel

Aber Schacht, der in kleinem so solid ist, daß er Zwangsanleihen neuem Pump vorzieht und unbarmherzig alle sozialpolitischen Ersparnisse aufs Äußerste treibt, er wird sofort großzügig und vergißt alle guten finanziellen Vorsätze, wenn es sich um das Rüstungskapital handelt. Und zur Rüstung gehört auch die Selbstversorgung mit Rohstoffen oder die Produktion von Ersatzstoffen.

Da ist jetzt in Berlin eine »Gesellschaft zur Förderung der deutschen Rohstoffversorgung m. b. H.« gegründet worden. Das Unternehmen ist zunächst nur mit dem bescheidenen Kapital von 100.000 Reichsmark ausgestattet worden. Aber es hats in sich... Sein Zweck ist die Finanzierung von Unternehmungen, die sich mit der Neueinrichtung oder Erweiterung von Anlagen zur Gewinnung von deutschen Rohstoffen befassen. Geschäftsführer sind zwei Herren der Dresdner Bank, die bekanntlich dem Reich gehört.

Mit diesem Instrument soll die Finanzierung der neuen deutschen Kunst-

faserproduktion durchgeführt werden. Die Pläne sind sehr weitgehend. Nach den Angaben der »Neuen Züricher Zeitung« sollen dafür nicht weniger als 240 Millionen aufgebracht werden; 160 Millionen soll ein Bankenconsortium zur Verfügung stellen, dem unter Führung der Dresdner Bank sämtliche Großbanken angehören, ferner die Preussische Staatsbank, die Deutsche Girozentrale (mit ihren Sparkassengeldern!) und die Bank der Deutschen Arbeit (mit ihren gestohlenen und erpreßten Gewerkschaftsgeldern!) 80 Millionen sollen die beteiligten Industrieunternehmungen aufbringen.

Die Finanzierung sieht so aus: Das Bankenconsortium erhält Wechsel; diese Millionenwechsel versieht das nur dazu gegründete 100.000-Mark-Unternehmen mit seiner kostbaren Unterschrift und die neuen Kunstfaserstoffproduzenten akzeptieren sie. Sie sollen sie aus den künftigen Gewinnen auch einlösen. Dafür übernimmt das Reich die Garantie, die aber erst 1946 wirksam werden soll. Das heißt, die Wechsel haben unter Umständen eine mehr als zehnjährige Umlaufzeit. Man sieht, der finanzielle Fortschritt im Dritten Reich macht enorme Fortschritte: Vom Kellerwechsel zum Schachtwechsel...

Bankrott hier - Bankrott da

Mit dem »Wechsel« ist aber den Produzenten nicht geholfen; sie brauchen Bargeld. Also müssen sie die Wechsel bei den Banken diskontieren. Die Banken können so langfristige Anlagen nur machen, wenn sie sicher sind, daß die Reichsbank sie ihnen jederzeit bei Bedarf rediskontiert, ihnen dafür ihren Notenkredit zur Verfü-

gung stellt. Die Reichsbank ist diese Verpflichtung auch eingegangen, aber sie will diese Rediskontzusage nur für den Fall machen, daß die Banken ihre anderen Rediskontmöglichkeiten erschöpft haben. Das ändert natürlich nichts daran, daß die ganze Finanzierung in letzter Linie auf dem Notendruck der Reichsbank aufgebaut ist, nur daß diese Wechsel erst nach den Steuergutscheinen, Schatzscheinen und Arbeitswechseln drankommen sollen. Deshalb heißen diese Schachtwechsel jetzt auch — Bodensatz-Wechsel!

Die erste Anwendung der neuen Finanzierungsmöglichkeit haben die Vereinigten Glanzstoff-Fabriken gemacht. Sie gründeten eine neue Stapelfaserfabrik in Kassel, deren Kosten 22½ Millionen Reichsmark betragen. 15 Millionen wird das Bankenconsortium auf dem Schachtwechselweg bereitstellen, während die restlichen 7½ Millionen Glanzstoff beibringt. Als Rohstoff wird deutsches Fichtenholz dienen; die Produktion wird Ende 1935 aufgenommen werden. Andere Fabriken sollen in Sachsen bereits im Bau sein und auch der Ausbau anderer Rohstoff- und Ersatzindustrien geplant sein.

Mit der Schaffung dieser teuren und qualitativ schlechteren Ersatzproduktion bezeugt Schacht, daß seine Hoffnung durch die Zwangsmittel seines »Neuen Plans«, die Rohstoffversorgung zu sichern, nicht in Erfüllung gegangen ist. Den Bankrott an der einen Stelle verdeckt er, indem er durch neue Wechselreiterei den Bankrott an einer anderen vorbereitet. Aber das sind so die Gesetzmäßigkeiten der deutschen Kriegswirtschaft.

Dr. Richard Kern.

Braune Ritualmordhetze gegen Litauen

Die »Preussische Zeitung« in Königsberg, ein offizielles Partei- und Amtsblatt, veröffentlicht in großer Aufmachung und unter der Überschrift »Zwölfjähriges Mädchen von Juden geschächtet« ein Ritualmordmärchen der ekelhaftesten Sorte. Ort und Handlung: Litauen. Eine Probe aus dem niederträchtigen Hetzartikel sei hier wiedergegeben:

Kürzlich kam ein 12jähriges Bettelmädchen aus Kedainie nach Tauraggen und wurde dort in das Haus des Pferdejuden Segall gelockt, der in der Schillale-Gatve wohnt. Eine Frau war sehr verwundert darüber, daß die Jüdin immerfort leise sang. Zwischen durch war aber vernehmlich Wimmern zu hören, das aus dem Keller des Hauses drang. Erschreckt lief die Frau zur Polizei, die mit mehreren Beamten in den Keller drang und dort den Juden Segall mit einigen Rassegenossen fand. In ihren Klauen befand sich das Mädchen aus Kedainie, dem sie die Halsader geöffnet hatten und es so langsam ausbluten ließen. Die Juden wurden verhaftet und das Mädchen in das Tauraggener Krankenhaus geschafft, wo es gestorben ist.

Was ist in Wahrheit geschehen? Ein Dienstmädchen hat ihr uneheliches Kind getötet, die Polizei hat die Täterin verhaftet und mit allen Mitteln versucht, gegen die sofort beginnende — von nationalsozialistischen Agitatoren entfachte und geschürte — Ritualmordhetze einzuschreiten, hat auch verschiedene Aufwiegler in Haft genommen. Die »Preussische Zeitung« schildert das so:

»Die litauische Polizei griff sehr scharf ein, um den Äußerungen der Volkswut einen Riegel vorzuschieben... Die Darstellung der Polizei war bindend für sämtliche Staatsbeamten, die stets so tun, als ob sie daran glauben. Im übrigen ist aber streng verboten, über den Ritualmord zu sprechen.«

Durch dieses Verbot haben sich die bezahlten Agenten des Dritten Reiches offenbar nicht abhalten lassen, weiterzuzugeln, weiter ihr Gift auszustreuen. In der zitierten Zeitung liest man:

»In der Nacht wurden in Tauraggen Aufrufe angeklebt, auf denen zu lesen war, daß sich die Litauer auf diese Weise an ihren Präsidenten wenden, und ihn darum bitten, den Juden ihren Einfluß zu nehmen... Die Frauen sind sehr aufgeregt und fühlen sich als Freiwild der jüdischen Mordsucht. Es hat schon manchemal in dieser Gegend ungeklärte Morde gegeben, bei denen das eine und andere für einen Ritualmord sprach. Der ungeheure Einfluß der Ostjuden verhindert stets die Aufklärung. Die Agenten erreichten es denn auch

wirklich durch ihre schändliche Hetze, daß »Seminariisten und junge Leute aus der ganzen Umgegend vor das Krankenhaus zogen und verlangten, daß der Mord gesühnt werde. In Tauraggen wurden den Juden straßenweise die Fenster eingeworfen.«

Auch dieser künstlich entfachte Aufruhr ist natürlich eine Antwort auf das Kownoer Urteil gegen einige des Mordes angeklagte Nationalsozialisten. Es ist nicht leicht, der braunen Moral beizukommen: Weil nationalsozialistische Verbrecher, die einen brutalen Mord begangen haben, von dem Gericht eines andern Staates abgeurteilt wurden, hetzt man die Bevölkerung dieses Staates mit gemeinsten und schmutzigsten Mitteln gegen die dort ansässigen Juden auf, verbreitet unter der Hand das Gerücht, die Staatsmänner steckten mit diesen Juden unter einer Decke, und versucht so, der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Der Weg führt — wie alle Wege der Nationalsozialisten — über die Dummheit und Leichtgläubigkeit betrögener Massen. Und die Juden sind willkommenes Opfertiere, die dem künstlich erzeugten Volkszorn geschlachtet werden.

Zivilistische Seitenblicke

Englische Zeitschriften berichten jetzt von einem sehr amüsanten Vorfall, der sich anlässlich des Besuches von Sir John Simon in Berlin zugetragen hat. Als Simon auf dem Tempelhofer Flugplatz landete, ertönte ein weithin schallender Knall.

Der Kommandeur der »Leibwache des Führers«, die als Ehrenwache auf dem Flugplatz angetreten war, ging mit gezogenem Degen auf den englischen Minister zu, um ihm »Meldung zu erstatten«. Der weithin schallende Knall aber war vom — Zusammenschlagen der Hacken des Kommandeurs entstanden.

Die Korrespondenten der englischen Zeitungen bemerkten, daß Sir Simon bei dem Hackenzusammenschlagen und bei der »In schroffstem militärischen Ton erstatteten Meldung« des Kommandeurs »sichtlich erschrocken zusammengefahren« sei und »tief verwundert ausgesehen« habe.

Sir Simon faßte sich jedoch bald und ging lächelnd von dannen, »nicht aber, ohne vorher einen sehr zivilistischen Seitenblick auf die in Waffen starrende Ehrenwache getan zu haben...«

Diktator Göbbels macht in Kultur . . .

Eine Bilanz der »geistigen Erneuerung« im Dritten Reich.

Um der böswilligen Welt die Segnungen des Dritten Reiches zu beweisen, wird immer wieder aus dem Propaganda-Ministerium verkündet: Wenn es uns schlecht ginge, wäre eine solche Kulturhausse zu verzeichnen? Wären dann in den großen Großstädten die Theater und Kinos immer ausverkauft, die Konzerte stets gut besetzt, der Buchhandel glänzend beschäftigt, der Absatz von Radioapparaten und Schallplatten ständig im Steigen und ebenso die Zahl der Radiohörer?

Die Lage der Theater

Mitunter zieht dieser Bluff noch. Wenn man sich aber die sogenannte Kulturhausse im Hitlerland auf ihre Echtheit und Ursachen genauer ansieht, erkennt man sehr schnell den Schwindel. Nehmen wir einmal sogar als wahr an, daß die Theater ausverkauft sind. Weshalb wohl? Seit dem glorreichen Anbruch des Dritten Reiches sind weit über die Hälfte der deutschen Theater zusammengebrochen und geschlossen worden. In Berlin allein sind es neun Bühnen. Kein Wunder also, daß die wenigen noch in Betrieb verbliebenen Bühnen durchschnittlich leidlichen Besuch haben, obwohl die Gesamtziffer der Theatergäste gegen 1932 um zirka 40 Prozent zurückgegangen ist, ganz zu schweigen von dem katastrophalen Schwund der Theatererinnahmen. Welche Unsummen an Subventionen die Aufrechterhaltung der wenigen Bühnen verschlingt, kann man sich kaum vorstellen. Göring allein läßt sich, z. B. sein Berliner Staatstheater, jährlich mehr als drei Millionen Mark kosten. So ist es ausnahmslos in jeder Stadt und in jedem Land; kein Theater mehr, das sich, wie einst unter dem verruchten jüdisch-marxistischen System, aus eigener Kraft erhält.

Von den wenigen Theatern sind tatsächlich außerdem nur noch wenige wirklich gut besucht, und zwar nur jene, die sich ganz hoher Protektion erfreuen und daher bei den Gagen aus dem Volken wirtschaften können. Es ist schon gesagt worden, daß Göring seine preußische Staatstheater nicht knapp hält, schon allein, um seinen Rivalen, den Reichspropagandaminister, auf seinem preußischen Kulturreisat auszustechen. Man hat von fernher die teuersten Künstler herbeigerufen, gibt ganz große Starvorstellungen. Sogar Schacht hat von seinem Devisenbestand eine erkleckliche Summe opfern müssen, um die Gastspiele Benjamin Giglis und Jan Kiepuras in der Berliner Staatsoper zu ermöglichen. Gustaf Gründgens, ein sauberer Märzgefallener, heute Staatstheater-Intendant und Staatsschauspieler von Görings Gnaden, hat einen Fünfjahresvertrag mit einer Jahresgage von 100.000 Mark. Ueberhaupt: Bei den von Göring patronisierten preußischen Staatstheatern merkt man sehr wenig von »nationalsozialistischem Kulturwollen«; um die für nationalsozialistisches Kulturgut sich immer noch herzlich wenig begeisternden Zuschauer in die preußische Staatstheater zu bringen, hat man für sie die »Prinzipien aufgelockert«. Wenn man etwa das Ensemble des preußischen Staatstheaters betrachtet, findet man es aus Namen zusammengesetzt, die in den Zeiten des jüdisch-marxistischen Kulturbolschewismus die prominenten Rollen gespielt haben. Man zieht die Schüler der jüdischen Regisseure Reinhardt, Jeßner und Barnowsky seltsamerweise doch dem nationalsozialistischen Talentnachwuchs vor. Nicht anders ist es in der Staatsoper, wo jüdische und jüdisch-versippte Dirigenten, Sänger und Sängerinnen die Berliner und Fremde in Ränge und Parkett locken.

Dafür hat Göbbels in seiner Charlottenburger Oper unter dem Intendanten Rode ein reinrassiges Instrument nationalsozialistischen Kulturwillens. Wie kürzlich, und dies sogar an einem Glanzabend, ganze 180 Eintrittskarten für die Charlottenburger Oper verkauft worden sind. Das ist ungefähr der Kassendurchschnitt.

Die Krippenwirtschaft

Zur Flucht aus dem vom »national-

sozialistischen Geistes« geleiteten Theatern trägt nicht nur bei der absolute Mangel erfolgreich, beweist die Tatsache, daß erst an zugkräftigen und auch nur einigermaßen sehenswerten Stücken — wen kann man noch mit der ewigen Dramatisierung und Glorifizierung aller, auch der läppischsten Einzelheiten aus der blutigen Geschichte des preußisch-deutschen Militarismus anlocken? — es ist nicht nur diese geistige Leere, sondern es ist auch das absolut unzulängliche und minderwertige Spiel nichtskönnender Darsteller. Denn man kann sich kaum einen Begriff von der Protektions- und Krippenwirtschaft machen, die jetzt an den deutschen Bühnen herrscht. Wenn für einen Pg. gar keine Beschäftigung mehr zu finden und wenn er selbst zum Amtswalter zu dumm

Der ruinierte Film

Beim deutschen Film sieht es bekanntlich nicht anders, wenn möglich noch schlimmer aus. Die darin wohl zuverlässige Essener »Nationalzeitung« hat kürzlich geschrieben, Göbbels habe nun endgültig die »diplomatischen Beziehungen zum Film abgebrochen«. Er hatte damals, in den Maientagen des Dritten Reiches, den deutschen Filmproduzenten kommandiert, nunmehr eine deutsche und nationalsozialistische Filmkunst zu schaffen. Wo immer in deutschen Kinos Filme auftauchten, deren Inhalt aus der »nationalsozialistischen Gedankenwelt« geschöpft war, ergriff das Publikum vor ihnen die Flucht und sie mußten binnen kurzem von den Spielplänen abgesetzt werden. Vor allem waren sie im Ausland völlig unverkäuflich,

um 22 Prozent zurückgegangen. Dasselbe Blatt berechnete den Rückgang des Erlöses aus der Filmausfuhr von 20 auf 10 Millionen Reichsmark und erklärt, daß die Gesamtlasten der deutschen Filmwirtschaft über die reinen Filmherstellungskosten bereits enorm hinausgehen. Tatsache ist, daß lediglich einige ausländische Filme, wie »Maskerade«, »Königin Christine« usw. volle Kinokassen gemacht haben. Die meisten ausländischen Filme, die in aller Welt monatlang die Kinokassen füllen, dürfen ja nicht dem deutschen Publikum gezeigt werden, entweder weil ihre Tendenz dem Herrn deutschen Kultur-diktator Göbbels nicht paßt, oder weil in ihnen — schrecklich! — ein Schauspieler mit einer nicht garantiert reinarischen Großmutter auftritt. Daß die deutsche Filmindustrie langsam am Blubo verendet, kümmert die neudeutschen Kulturpöple nicht; wenn's garnicht mehr weiter geht, wird eben wieder einmal ein Griff in die Reichskasse helfen müssen. So sieht es mit den »überfüllten Kinos« von heute aus.

Das Kabarett

Daß in dem Reich der humorlosen Gangster das einst so hochwertige deutsche Kabarett völlig verödet ist, versteht sich von selbst. Es gilt ja heute schon als eine Heldentat, wenn sich ein Kabarett-Künstler — wie es kürzlich auf einer Berliner Kleinkunstbühne geschah — den Witz erlaubt: »Gib mir doch mal die Baseler Nachrichten her, ich will mal sehen, was es in Berlin Neues gibt!« Man kann sich also vorstellen, was an »Witz« dem heutigen Kabarettpublikum geboten wird und wie es, durch solche verheißungsvolle Programme angelockt, in hellsten Scharen in die Kleinkunst-Theater strömt. In Berlin werden, besonders für die Fremden, die Kabaretts durch allerlei dunkle Geschäfte mit dem Reichspropagandaministerium noch über Wasser gehalten (wenn auch zwei von den früher so florierenden Kleinkunstbühnen geschlossen sind) aber in der Provinz, wo sich vor Hitler schon eine sehr beachtliche Kleinkunst entwickelt hatte, sieht es geradezu trostlos aus. In den meisten deutschen Großstädten sind die Kleinkunstbühnen allmählich geschlossen worden, teils freiwillig, teils gezwungen; dort, wo sie bestehen blieben, sind sie zu ordinären Nepp- und Amüsieretablissemments herabgesunken.

Das Schicksal des deutschen Buches

Die angebliche Belebung auf dem Büchermarkt könnte, wenn sie stimmte, damit zu erklären sein, daß die Menschen im heutigen Deutschland aus dem Alltag fliehen wollen. Letzteres stimmt zwar, aber wie sieht die gewaltige Konjunktur in Wirklichkeit aus? Deutschland, das vor Hitler auf dem Gebiete der internationalen Buchproduktion jahrelang zuerst an erster, dann an zweiter Stelle stand, ist seit der Herrschaft der braunen Kulturmacher in die sechste Reihe abgerutscht. Es werden zwar in Nazi-Deutschland von allen möglichen Händen viele Bücher zusammengestoppelt, aber wer liest sie? Massenaufgaben, wie sie einst Emil Ludwig, Feuchtwanger usw. erzielten, gibt es ja nicht mehr. Daß dem deutschen Volk durch Zwang verordnete Buch Hitlers »Mein Kampf« wirft dem deutschunkundigen Verfasser zwar alljährlich immer noch Riesensummen ab, weil es eben als Prämiem, Festgeschenke und vorgeschriebene Literatur gekauft werden muß. Aber die »Werke« der übrigen Führer, soweit sie nicht zwangsweise verordnet werden, gedeihen nie über kümmerliche Reklamerfolge hinaus. Der deutsche Leser kauft heute nur unpolitische Bücher, Romane und Novellen idyllischen Inhalts, er flüchtet sich zu den wenigen von früherher verbliebenen Autoren und Autorinnen. Sehr gesucht sind auch Übersetzungen ausländischer, namentlich englischer Romane. Vor allem aber fragt man in den Buchhandlungen und Leihbibliotheken immer wieder nach historischen Werken, offenbar, weil man sich ein eigenes Urteil über die Quellen deutscher Geschichte bilden will. Einer der stärksten Beweise für dieses Bedürfnis ist der lebhafteste Absatz einer

Danziger Wettersturz



Heim ins Reich!

und zu unfähig ist, wird er einfach irgendwo in ein Theaterensemble gesteckt. Selbstverständlich, daß die höheren Herren Pgs. vor allem ihre Maitressen beim Theater unterbringen. Der Intendant der ehemaligen Berliner Volksbühne am Bülowplatz (jetzt Horst-Wessel-Platz) ist Graf Solms, intimer Freund des Göbbels-Adjutanten Prinz Lippe. Der edle Graf hat seine Freundin, die frühere kleine Statistin Saal, sofort zum ersten Star seines Theaters avancieren lassen. Seitdem heißt die Volksbühne im Berliner Volksmund »Saalbau am Horst-Wessel-Platz«. — Zusammenfassend kann man über die Entwicklung des Theaters im Dritten Reich nur das treffende Wort wiederholen, das irgendein brauner Großwüchsigler während der sogenannten »Reichstheater-Festwoche« gelassen ausgesprochen hat: »Die deutschen Theater stehen geschlossen hinter Adolf Hitler.«

so daß schließlich kein deutscher Filmproduzent — mit Ausnahme der aus der Reichskasse unterhaltenen Ufa — mehr von derartigen Stücken etwas wissen wollte, sondern seine Zuflucht nahm zu dem bewährten »Kitsch der marxistisch-liberalistischen Epoche«. Trotzdem aber gelang es der deutschen Filmbranche nicht mehr, die deutschen Lichtspieltheater so zu füllen, wie sie ehemals voll waren, als es noch keinen Arierparagraphen, keine Schachtische Devisendrosselung und keine Blubo-Kunst gab. Der Reichsfilmkammer-Präsident Dr. Scheuermann hat jüngst zwar behauptet, daß die Kammer die deutsche Filmwirtschaft vor dem Zusammenbruch gerettet habe, und daß die Besucherzahlen in Filmtheatern um zwanzig Prozent gestiegen seien. Merkwürdig nur, daß genau vier Tage später die »Rheinisch-Westfälische Zeitung« feststellte, in Rheinland-Westfalen allein sei der Kinobesuch

neuen Biographie Karls des Großen von Wahl, in der völlig im Gegensatz zu der von den Nazis beliebten Darstellung des »Sachsenschlächters« der Gründer des deutschen Kaiserreiches objektiv gewürdigt wird. Ein interessanter Beitrag zu diesem Kapitel ist beispielsweise die Tatsache, daß ein Buch über den Vater der Homöopathie, Hahnemann, schon in der zweiten Woche nach dem Erscheinen ohne jede Reklame einen Absatz von 3000 Stück hatte. Die Abkehr von der Tagespresse tritt deutlich in Erscheinung bei der Nachfrage nach unpolitischen Zeitschriften. Auch hier ein bezeichnendes Schlaglicht: Das Amtsblatt des Bistums Berlin, früher wahrscheinlich nur von einigen interessierten Mitgliedern des Berliner Klerus gelesen, hat heute eine Auflage von 66.000 Exemplaren! Auch andere Kirchenblätter, soweit sie natürlich nicht in den Händen gleichgeschalteter Hitler-Missionare sind, haben ungeheuren Zuspruch.

Der Rundfunk

Die Anzahl der Rundfunkhörer hat sich kaum wesentlich verändert, obwohl doch immerhin im Laufe von zwei Jahren sie sich durch das Heranwachsen von Jugendlichen und den naturgemäßen Zuwachs von Eigenheimen hätte vermehren müssen. Daß die Zahl der Rundfunkhörer nicht abgenommen hat, obwohl das Rundfunk-Abonnement vielen finanziell und auch sachlich immer schwerer fällt, liegt nur daran, daß für viele Hunderttausende der Rundfunk immer noch eine Zuflucht aus der deutschen Zeitungswüste ist. Schon allein dadurch, daß man ausländische Stationen abhört und über die deutschen Zuchthausmauern hinaus einen Blick in die wahre Welt tun kann. Tatsache ist, daß sich vielfach ganze Hörgemeinden zusammenfinden, um für gemeinsame Rechnung einen Radioapparat zu kaufen, bei dem man nicht mehr auf die Marschmusik des Deutschlandsenders usw. angewiesen ist.

Um es zusammenzufassen: Man sieht, daß das Geschäft mit deutscher Kultur keineswegs so rosig ist, wie die deutschen Propaganda-Apostel es überall darzustellen belieben. Man weiß, daß Göbbels unglückliche Liebe die deutsche Kultur ist, aber sie zeigt sich ihm spröde, wenn er auch mit noch soviel Geldgeschenken sie zu ködern versucht. Man bedenke beispielsweise nur, welche Geld- und Druckmittel die Parteiverlage der Nazis zur Verfügung haben und auch anwenden, um für ihre Blätter Leser zu bekommen. Aber auch das gelingt ihnen nicht. Der »Völkische Beobachter«, repräsentativstes Organ einer Partei, deren Mitgliederziffer auf 4,5 Millionen angegeben wird, hatte am Jahresende im ganzen deutschen Reich eine Auflage von nur wenig mehr als 300.000! Es bedarf wahrhaftig nicht weiterer Beweise, um den ganzen Göbbelschen Schwindel von einer Kulturhausse in Deutschland zu entlarven.

Wer war es?

Die Lehrerin betrat das Klassenzimmer. Auf dem Katheder angelangt, entbot sie ihren Schülerinnen den »deutschen Gruß«. Nachlässig in der Handbewegung, undeutlich, betonungslos, verschmiert in der Aussprache. Bei diesen Schülerinnen konnte sie es sich erlauben. Das waren noch sumeist Mädchen aus der Zeit der Karl-Marx-Schule, würdig ihrer ehemaligen Erziehung zur Freiheit und Vernunft. Die anderen, unter Heil-Hitler-Drill aufgezogen, waren so in der Minderzahl, daß sie unter dem Druck der Majorität sich zu keiner Opposition, selbst nicht einmal zur Denunziation entschließen konnten. Uebrigens war es Fräuleins letzte Unterrichtsstunde; als Lehrerin der ehemaligen Karl-Marx-Schule mußte sie nun doch den Dienst quittieren.

»Meine lieben Schülerinnen« begann sie. »Heute in der letzten Geschichtsstunde wollen wir uns nicht besonders anstrengen. Ich will Euch wahrheitsgemäß etwas von einem mächtigen Tyrannen erzählen, der in der Geschichte als bössartiger Menschenschlichter mit starkem Einschlag zum Komödiantentum und zum Größenwahn fortgeliebt wird. Ihr sollt mir nachher sagen, um wen es sich handelt.

Mehrere Mädchen schrien dazwischen: »Das wissen wir jetzt schon, das ist Nero, das kann gar kein anderer als Nero sein.«

»Nero? Nun ja, der war das alles. — Was war sein größtes Verbrechen?«

Schülerin Hilda antwortete:

»Er hat Rom, also sozusagen sein eigenes Haus, angezündet und für sein Verbrechen tausende von Unschuldigen martern lassen.«

Zu den Organisationen, die der Nationalsozialismus zerschlug, gehören auch die Verbände der sozialistischen Alkoholgegner. Kein Wunder, beruhte doch ihre Arbeit auf der Erkenntnis, daß der trinkende Arbeiter nicht denkt und der denkende Arbeiter nicht trinkt, und war doch ihr Ziel die alkoholisierte Gemüthlichkeit zu überwinden, um zu einer Gemüthlichkeit freier Menschen zu gelangen. »Nieder mit der Gemüthlichkeit«, das war schon der Schlachtruf Viktor Adlers, dem großen Vorkämpfer gegen den Alkoholismus. »Es ist die höchste Zeit, daß wir endlich ungemüthlich werden«, das war der Inhalt seines alkoholgegnerschen Kampfes. Nicht Aaskese, sondern wahre Lebensfreude, nicht Verneinung der irdischen Genüsse, sondern gerade ihre volle und bewußte Bejahung war Inhalt und Ziel sozialistischen Antialkoholismus. Besonders durch die Jugendbewegung, dann aber auch durch die allgemeine Hebung der Arbeiterbewegung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege und der Inflation, sowie durch die allgemeine Wandlung in der Ernährung nahm der Alkoholkonsum beträchtlich ab. Auch der Sport hatte seinen Anteil dabei, obwohl dieser zunächst sehr eng mit dem Alkohol verbunden war, was teilweise noch heute der Fall ist. Im Ganzen aber trat eine sichtbare Ernüchterung ein. In den Abstinenzorganisationen der Arbeiterschaft ließ das Leben beträchtlich nach, viele waren der Meinung, die neuere Entwicklung habe die sozialistischen Alkoholgegnernorganisationen eigentlich schon entbehrlich gemacht, denn kleinliche Glasguckerei liege ja nicht im Wesen sozialistischer Alkoholkämpfung. So weit waren wir! Und jetzt?

Der Alkoholkonsum steigt an! Aus den Reihen des Bürgertums, besonders der Hygieniker und Sozialpolitiker, Erzieher und Fürsorger kommen kritische Betrachtungen. Der Rausch zeitigt seine verheerenden Wirkungen. Aber niemand sagt, warum der Alkoholkonsum steigt. Eben dies war stets die Aufgabe der sozialistischen Alkoholgegner. Sie wurden mundtot gemacht, sie müssen schweigen und können der menschlichen Gesellschaft ihr eigenes Elend nicht bewußt machen. Im steigenden Alkoholkonsum drückt sich das steigende Elend im Dritten Reich aus.

Nackt und bloß, von Bundesgenossen enttäuscht, vom geschwächten Kampfwert seiner eigenen Organisationen überrascht, wie umgekehrt von der noch immer bedeutenden Kraft des Kapitalismus verblüfft, steht das Proletariat da. Niemand weiß, ob der Freund von gestern noch der alte ist, keiner kann aufrecht zum anderen reden, jeder trägt seine Leiden mit sich selbst herum, die Sprache hat ihren wunderbaren Sinn, den der Selbstverständigung, den der Mitteilung, verloren. Sie ist nicht mehr für die Vertiefung und Verinnerlichung menschlicher Beziehungen, sie ist

nur noch zur Demagogie, zur Vertiefung da. Das, was in kritischen Zeiten trotz aller notwendigen Kritik Kraft und Mut gab, ist zerstört. Die selbstbewußte Demonstration, die nicht nur anderen, sondern auch sich selbst die große Zahl der Arbeiter zeigte und von der stets ein Strom von Kraft und Macht ausging, sie ist nicht mehr. Leere Paraden, erzwungene Appelle, demütiges Ducken vor den eigenen Feinden, von der Peitsche bedroht, in die Bunker geworfen, von den braunen Halunken getreten und den schwarzen Banden gefoltert, so lebt das Proletariat im Moment. Gemeinschaften werden aufgelöst, zerrissen, von Spitzeln durchsetzt, selbst die erotische Sphäre menschlichen Daseins wurde verstaatlicht, selbst die Liebe wird bespitzelt und verdreht. Vor was haben diese Halunken denn noch Ehrfurcht?

Unter all dem leidet das Proletariat. Zugleich aber fühlt es, daß es im Moment nicht zum Sturz des Systems schreiten kann. Zwangsläufig entsteht das Bedürfnis, diese Welt wenigstens in der Illusion und vorübergehend verlassen zu können. Rausch, Rausch, Rausch!

Das Regime braucht ihn, es lebt davon. Nüchtern ist es nicht zu ertragen. So hetzt es die Massen in die Kirchen und in die Kneipen hinein. Das gewaltige Anwachsen der Kirchenopposition muß man auch als einen eigenartigen dialektischen Prozeß betrachten. Vom Nationalsozialismus enttäuscht, den »Bolschewismus« fürchtend, oder den Sozialismus noch zu weit entfernt sehend, profitiert derselbe religiöse Gedanke vom Nationalsozialismus, der zugleich sein schlimmster legaler Feind ist. Rausch, Rausch, Rausch! Führerrausch, religiöser Rausch, alkoholischer Rausch. Seufzer der bedrängten Kreatur! Gemüt einer herzlosen Welt! Verfallserscheinungen einer barbarischen Gesellschaft, die Troika, die ins Verderben reitet. Ganz Deutschland ist auf der Flucht, auf der Flucht vor sich selbst. Alles eckelt sich vor seinem eigenen Dasein. Das ist das größte Elend, das uns der Rausch offenbart.

Aber wie verteidigen die Sklavenhalter und Führer dieses Elends den Rausch? Der Reichsfinanzhof hat eine Entscheidung gefällt, wonach »Alkoholgenuß keine Gefahr für die Erhaltung der Rasse oder für die Vererbung schädlicher Anlagen in sich birgt.« Wie sehr aber diese Entscheidung von den Interessen der Schnapsjunker und des Alkoholkapitals sowie dem Regime diktiert ist, ist aus dem folgenden Satz ersichtlich: »... andererseits wäre die notwendige Folge die gänzliche Vernichtung einer großen und wertvollen Industrie, der Brauindustrie, die Beseitigung der wirtschaftlichen Grundlagen für nicht unwichtige Zweige der Bodenbe-

bauung, des Wein- und Hopfen-Baues. Schon hieraus ergäbe sich, daß die Bekämpfung des Alkoholismus in jeder Form auch vom neuen Staat nicht begünstigt oder gar vorgeschrieben werden könne, von einem Staat, der sich u. a. ja gerade auch die Aufgabe gestellt habe, die deutsche Wirtschaft in ihrer Gesamtheit zu erhalten und zu beleben.« (Zitiert nach »Bremer Nachrichten« vom 11. 1. 35.) Einige Wochen später wurde ganz in diesem Sinne ein Urteil gegen einen Abstinenzverein gefällt. »Ein Verein, dessen satzungsmäßiger Zweck darauf gerichtet ist, das Volk zur vollständigen Enthaltung vom Alkoholgenuß zu erziehen, kann auch im heutigen Staate nicht als eine ausschließlich gemeinnützigen Zwecken dienende Körperschaft anerkannt werden.« In der Begründung werden dann genau dieselben Argumente ins Feld geführt, die der Reichsfinanzhof anzuwenden sich nicht genierte. Wie besorgt man hier um »die Wirtschaft« und »die Existenz« ist. Ausgerechnet hier, sonst kennt man keine Schonung. Würden die paar tausend Junker nicht so sehr ihre Existenz, sondern wirklich die der Gesamtheit bedenken, sie hätten dazu mehr Gelegenheit als andere. Aber welche Logik ist es denn im übrigen? Wird hier nicht der ganze Sinn der menschlichen Arbeit auf den Kopf gestellt? Soll man die Verbrecher nicht schützen, weil sie sonst ihre Existenz verlieren, soll man nicht den Krieg propagieren, weil der Friede die in der Rüstungsindustrie Beschäftigten bedroht, soll der Arzt hoffen, viele Menschen mögen krank werden, damit er stets in Anspruch genommen wird, und soll sich der Henker recht viele Görings wünschen, damit er nicht seinen Beruf verliert? Ja, ja, es ist genau die Logik derer, die sie verachten, das Denken der Gedankenlosen, die Rücksicht der Rücksichtslosen. Sozial drapierte Verbrecher!

Die Wahrheit ist: das Regime braucht die Schnapsjunker und Brauindustriellen als Bundesgenossen. Es braucht den Weingeist, weil es geistlos ist. Das Regime hat den Alkohol so nötig wie der Soldat der Monarchie ihn brauchte. Die Arbeiter aber werden um so eher ihre Freiheit erobert haben, je mehr sie nüchtern bleiben. Noch ist es leider wahr, daß Arbeiter ihre Wut und ihren Schmerz herunterspülen, um dann, mit gelockerter Zunge und von Hemmungen befreit, diese Wut und diesen Schmerz um so hemmungsloser ausschreien — und dann vor das Schnellgericht oder ins Gefängnis kommen!

Die Nüchternheit ist in Deutschland zu einer politischen und kämpferischen Notwendigkeit geworden!

Die kecke Lotte mußte sagen, worin sein Komödiantentum bestand.

»Ueber alle Kunstangelegenheiten wollte er Bescheid wissen, dabei wußte er über nichts so recht Bescheid. Er behauptete, eine gute Stimme zu haben und im Theater wollte er sich auch auskennen. Auch da hat er nichts Rechtes verstanden.«

»Und sein Größenwahn?«

Ein Mädel meinte, daß der Kaiser die Leute zwang, ihn mit Ave Cäsar, soviel wie Heil Nero zu begrüßen, und daß könne nur ein Größenwahnsinniger verlangen.

Die Lehrerin winkte ab.

»Nun ja, aber über Nero möchte ich doch nichts erzählen.

Hört mich an:«

»Der Tyrann, von dem ich spreche, ist eigentlich aus Zufall in die Politik geraten. Ursprünglich war er ein Handwerksgehilfe. In seinem Beruf taugte er nichts. Der Lehrherr war mit ihm unzufrieden, er mit dem Lehrherrn. Er hielt sich für viel zu gut, um ein redliches Handwerk zu erlernen. Er redete immer davon, daß er zu etwas Höherem geboren sei. Was dieses Höhere war, sagte er nicht. Es scheint aber, daß er an eine große Kunstleistung gedacht hat. Er hat dann auch in mehreren Kunstfächern, als Zeichner, als Maler, vielleicht auch als Poet herumprobiert. Kein Hahn kräht mehr nach diesen Anfertigungen, obwohl der Mann später sehr berühmt wurde.«

Die Klasse horchte auf. Ein paar Mädels lcherten, zwinkerten sich zu, ein paar wurden rot vor Aerger. Die Lehrerin fuhr fort:

»Es kam ein Krieg, ein furchtbarer Krieg. Für viele Jünglinge in der Lage unseres Un-

bekannten ein erwünschter Ausweg. Sie hatten bisher nicht gewußt, wozu sie eigentlich lebten, jetzt glaubten sie zu wissen, wozu sie da seien. Ein Taugenichts im Frieden kann im Krieg vielleicht noch ein brauchbarer Mensch werden. Viele von ihnen stürmten als Freiwillige zu den Fahnen. Unser Unbekannter tat das auch. Was er als Soldat geleistet, hat man amtlicherseits niemals festgestellt, wenigstens nicht so, daß man bestimmte Auskünfte erteilen konnte. Er selbst rühmte sich, ein Held gewesen zu sein. Viele glaubten es ihm, auch als er später Räubergeschichten von seiner Tapferkeit und seinen Kriegserfolgen erzählte.«

Die Mädels konnten kaum noch das Lachen zurückhalten, ein paar kaum noch die Tränen. Die Lehrerin setzte fort:

»Unser Mann besaß in seiner Art bedeutende Rednergabe. Er war sozusagen der geborene Redner für vulgären Geschmack. Er hatte ein alles überdröhnende Stimm; stundenlang schrie oder jammerte er im unaufhörlich gesteigerten Fortissimo. Seine Reden hatten die Jahre hindurch den gleichen Inhalt: Die politischen Gegner allesamt Verbrecher, er und seine Anhängerschaft auserkorenes Edelmententum; die Gegner allesamt flauere Patrioten und Verräter, er und die Anhängerschaft die berufenen Tempelhüter des Vaterlandes; die Gegner miteinander Stümper und Allesverderber, er der erleuchtete Genius der Menschheit. Dieser verkorkste Handwerksgehilfe war machtgierig bis zu Besessenheit. Damals hatte das Volk die Macht zu vergeben; aus der Demokratie heraus und durch die Demokratie wollte er die Diktatur aufrichten. Um möglichst viele Stimmen zu gewinnen,

versprach er allen Verzweifelten, die es in jenen schlechten Zeiten gab, die restlose Erfüllung ihrer Wünsche. Er hatte natürlich viele Gegner. Sie haben ihn bei jeder Gelegenheit als Marktschreier, Faxenmacher und gewissenlosen Lügner entlarvt. Er bekämpfte sie mit seiner verlogenen Agitation und mit dem Terror seiner fanatisierten Anhänger. Von sich selbst war er unendlich eingenommen. Wiederholt sagte er es glatt heraus, daß er mit göttlicher Eingebung handle und er meinte dabei, daß er als Werkzeug und Stellvertreter Gottes wirke. Seine Anhänger glaubten es und als es der Irreführten und derjenigen, die auf jeden Schwindel eines Marktschreiers her-einfallen, gar zu viele waren, geschah das Unerhörte; dieser Mann wurde Staatsoberhaupt und Diktator.«

»Wen meint das Fräulein bloß?«

Die Frage stellte ein strammes Hitlermädel. Sie tat sehr beleidigt. Ein paar andere waren es auch. Einige Schülerinnen witterten Unheil. Donnerwetter, die Lehrerin hat aber Mut.

»Als Staatsoberhaupt« fuhr Fräulein fort »ist er kaum anders gewesen als vorher. Er redete nach wie vor von den verbrecherischen Gegnern, von Stümpern, korrupten Ausbeutern, Vaterlandsfeinden. Gegen sie setzte er jetzt die Machtmittel des Staates ein. Die alten Anhänger bildeten teilweise eine private Terrorgruppe. Und um ja aller Gegner haßhaft zu werden, bildete er eine eigene Denunziantenorganisation. Am empfindlichsten war er gegen Angriffe der Satire und des Humors. Ein Emporkömmling ohne Erweiterung seines geistig-sittlichen Horizonts kann niemals den Spott vertragen. Gegen Leute, die heimlich

Görings Hochzeit

Deutsches Volk, freue Dich!
Dein drittgrößter Koloß
(Oder ist es gar der zweitgrößte?)
Wer kennt sich unter den Kolossen aus?)
Feiert Hochzeit.

Eine ungeheure,
Eine epochale Angelegenheit!
(Neben der ein neuer Weltkrieg kaum eine
Rolle spielt.)
Sogar noch epochaler
— Es braut ein Ruf wie Karinhall —
Als die Ueberführung der Gattin Nummer
eins,
Der Unvergesslichen,
Die von nun ab pflichtgemäß zu vergessen ist.

Deutsches Volk, freue Dich:
Ein Monstreschauspiel steht Dir bevor.
Es werden an ihm vorbeizeln
(Alles für unser Geld)
Fackelträger, Fahnenbeschwenker, Blastrum-
peter, Arachkriecher, Domestiken vom
Oberbürgermeister abwärts.
Alles wirst Du — durch SA-Ketten abge-
sperrt —
Gratis sehen
Dazu ihn und eine ziemlich mäßige
Provinzchauspielerin.

Er in höchst eigener Person,
Durch mehrere Ampullen aufgepumpt,
Majestätischer noch, als er damals
Den wehrlosen Dimitroff anbrüllte,
Nach Galgen für den Unschuldigen schrie
Und überhaupt
Dem Psychiater sehr interessante Einblicke
bot,
Der Erbrecher (seiner Wut), —
Also Er per Flugzeug hoit
Ein motorisierter Lohengrin
Seine Elsa ab.

»Nie sollst Du mich befragen...«
(Mit Bezug auf den Reichstagsbrand)
Dann zieht er die elf Uniformen,
Die er zur Feier des Tages übereinanderge-
zogen,
Eine nach der andern aus,
Macht sich noch eine Einspritzung und
Während zwanzig Militärkapellen den Zapfen-
streich blasen,
Während eine mit Margarinebrütchen bewir-
tete Masse jauchzt,
Während zehntausend SS-Leute jeden Win-
kel bewachen,
Während Extraausgaben der gleichgeschalte-
ten Presse verkauft werden,
Während in Oranienburg ein Gefolterter den
letzten Atemzug tut,
Während Hans Mora, der Weltkriegsgott,
seine Hippe wetzt, —
Feiert Göring Hochzeit.

Muckl.

Der geheimnisvolle Ochsenwagen

Wie Karichen sich die Weltgeschichte
vorstellt, so wird sie in Gangsterien
gelehrt.
Bruno Brandy.

Man muß schon den braunen Rassewahn-
sinn ab und zu zitieren, um zu zeigen, was
heute in Deutschland als Geschichtswissen-
schaft auf das Volk losgelassen wird. Die
Schrift, der wir das Folgende entnehmen, ist
»Die Sonne«, eine völkische Monatschrift,
an der eine Reihe Naziprofessoren, der Prä-
sident der Reichsschrifttumkammer Dr.
Blunk, Graf Reventlow und der Prä-
sident des Reichsgesund-
heitsamtes besonders mitwirken. Wir
zitieren aus einem Artikel, der rassistisch durch-
aus nicht verkorrekter ist, als ziemlich alles,
was in solchen völkischen Schwarten heute
erscheint. Der Autor schildert »Die nordische
Seele im Kampfe.« Die anständigen Waffen
hat der nordische Mensch erfunden, die ge-
meinen dagegen der westlich-vorderasiatische,
wobei wir uns nicht darüber aufhalten wol-
len, daß Griechen, Perser »Frührömer« und
Gallier fröhlich und unbekümmert zu den
Norden gerechnet werden. Den Streitwagen,
der das gerade, lange Schwert verlangte, hat
natürlich der Norde erfunden:

... auf dem Ochsenwagen führte der
nordische Auswanderer Weib, Knecht,
Magd, Vieh und sonstige Habe mit, ja
nicht zu vergessen das nordische
Schwein — nach Darré —, dem man
keine weltweiten Märkte zumuten darf.
Gerade der Streitwagen scheint dem nor-
dischen Kämpfer das Übergewicht ver-
liehen zu haben; natürlich nahmen As-
syrier, Syrer, Juden, Ägypter
diese nordische Erfindung auch später
an. Aber sie nahmen sie an — der aus
einem Pharaonengrabe zutage getretene
Streitwagen erweist sich durch die Bewe-
kung seiner Naben mit Birkenbast als
nordisches Einfuhrstück.

Fehlt nur noch der Zusatz, daß die Metall-
teile von einer germanischen Fa. Krupp ge-
liefert wurden und daß die zur Zeit der As-
syrier unbekannten Germanen schon damals
ein bis heute verheimlichtes Kulturreich mit
beträchtlicher Ausfuhr errichtet hatten. Doch
plötzlich bleiben die blauen Augen des Rasse-
historikers auf den modernen Tanks haften:

»Merkwürdig genug, daß in der Jetzt-
zeit der Streitwagen wieder auftaucht,
wo ein nordisches Volk auf andere Weise
gar nicht zu überwinden war und ein
anderes, nordisches Volk zu diesem
Mittel griff, das nur durch nord-
ische Erfindungsgabe und Werk-
fertigkeit mit Einsatz unendlicher Mittel
in der erforderlichen Masse und Vollkom-
menheit herzustellen war. Als Rassen-
forscher sagt man sich unwillkürlich,
daß dabei ein altes Erbinerinnern der
Rasse durchgebrochen sein muß.«

Vor allem liebt unser germanische Vor-
fahre samt den verwandten »fälschen« Grie-
chen den »kommentmäßigen Zweikampf«.
Wie darüber die hinterhältigen westlichen
Vorderasiaten denken, beweist der Zweikampf
zwischen David und Goliath, welcher letz-
terer ein Held der »fälschen Philister« ist:

»David legt auch erst die gleichen Waf-

fen an, fühlt sich aber durch sie beengt
und beschwert und greift lieber zur ge-
wohnten Schleuder. Ihm ist der feierliche
Kampf mit gleichen Waffen etwas ganz
Gleichgültiges, der Wanderhüte denkt,
»List muß mit der Stärke streiten«, An-
standsgefühl hat er nicht.«

Und es ist für nordische Art »kennzeich-
nend, daß nun die Philister trotz dieser un-
kommentmäßigen Kampfesweise den Rück-
zug antreten...« Feig und ehrlos sind diese
Westischen, wie der »ostische Konsul Vor-
ror«, der sich nicht einmal das Leben nahm,
als er die Schlacht von Kannae verloren
hatte:

»In unseren Tagen hießen solche Leute
Ebert oder Erzberger — auch hier
stimmen Seele und äußere Erscheinung
überein...«

Sucht nicht nach logischen Zusammen-
hängen, man müßte diese Art Literatur fäl-
schen, wenn man einen Schein logischer Be-
weisführung hineinbringen wollte. Nur noch
ein Proben aus römischer Geschichte:

»Ist das wirklich das Reich Gottes, das
der Nazarener predigte? Er trug nord-
ische Lehre in den semitischen Pfaffen-
staat und wurde dafür von dessen
Pfaffenchaft gekreuzigt. In
seine Lehre legte der Rassejude Pau-
lus das Kuckucksei und eine neue, vor-
derasiatisch-mitteländische Pfaffenchaft
brütete dieses zur »Kirche« aus.«

Hier ist doch Christus endlich mal wieder
ein Norde, in welchem Punkte sich Revent-
lows Richtung von Dinters und Ludendorffs
Gruppe unterscheidet... Dieses Treiben von
Idioten und Verrückten geht wie gesagt un-
ter Patronanz von Reichsschrifttumpräsi-
denten und anderen braunen Großwürdenträgern
vor sich, greift auf einen beträchtlichen Teil
der Presse über, dringt in die Schule ein.
Die Popularisierung der germanischen »Ru-
nensprache« wird bereits von Vereinen be-
trieben, wie wo anders Esperanto, und man
kann in einer Schulzeitschrift des
Teubnerschen Verlags lesen:

»Daß der Obersekundaner nicht nur mit
dem Runenproblem an sich vertraut ge-
macht wird, sondern auch die Runen
selbst lesen lernt und sie nicht we-
niger gut kennt als die Buchstaben des
griechischen oder lateinischen Alphabets,
ist nicht zu viel verlangt.«

Deshalb sollen baldigst germanische Ru-
nenstunden eingelegt werden, denn:

»Deutsche Geschichte ist germanische
Geschichte, deutsche Kultur Germanen-
kultur, und die Geschichte Europas ist viel-
fach nichts anderes als eine Auseinander-
setzung zwischen Germanen und Nicht-
germanen.«

Zum Beispiel könnten wir anführen, der
dreißigjährige Krieg, in dem die echten Nor-
den, nämlich die Schweden, gegen die deut-
schen Schrumpf- und Nichtgermanen kämpf-
ten. Aber so, wie oben, wird in deutschen
Schulen heute Geschichte gelehrt! Um 1890
gabs in einem Schullesebuch einen Satz, der
mir immer unvergänglich bleiben wird: »Des
Negers Hebräer Beschäftigung sind Jagd und
Krieg, mitunter betreibt er auch Fisch-

fang...« Schon in der zweiten Klasse lach-
ten wir über diese Blüte. Das war vor vier-
zig Jahren. Auf der Höhe dieses denkwürdi-
gen Satzes, der für Karichens Horizont be-
rechnet war, steht heute die offizielle Ras-
senkunde und Geschichtswissenschaft des
Volkes der Dichter und Denker.

Gregor.

Stimmen aus der Leserschaft

Der Briefkasten als Meckerecke.

Für deutsche Redaktionen ist es heutzutage gefährlich, die Leser zur Mitarbeiter-
schaft aufzufordern. Sobald die Untertanen
überhaupt den Mund aufmachen, fangen sie
unwillkürlich zu meckern an. In den »Dreed-
ner Nachrichten« z. B. erkundigte sich un-
längst ein Frager beim Briefkastenonkel,
was zu geschehen habe, wenn man den Hut
in einer, ein umfangreiches Paket in der an-
deren Hand trage und die Hakenkreuzfahne
vorbeigetragen werde. »Erst den Hut auf-
setzen und dann grüßen? Oder das Paket in
den Schmutz legen und grüßen? Oder das
Paket und den Hut wegwerfen...« usw.
usw. in allen denkbaren Kombinationen. Und
an die »Preußische Zeitung«, Königsberg,
gelangen — wie aus den Veröffentlichungen
erwichtlich ist — fast nur noch geistreiche
Fragen folgender Art:

Worin und seit wann besteht der An-
tisemitismus und was will er?

Wie erhält man die Haare am besten
blond?

In die »Preußische« dürfen aber auch
Witze aus der Leserschaft eingeschickt wer-
den, und die sehen dann so aus:

Die Stauer stehen am Packhof und war-
ten auf einlaufende Schiffe. Ein vorüber-
gehender Volksgenosse bemerkt den ihm
bekannten M. »Was fehlt dir, du hast ja
so ein dickes Genick?« »Ja, ich hab mich
den ganzen Tag nach Arbeit umgesehen,
und da ist mir vom viel Kopfverdrehen
das Genick angeschwollen.«

Manchmal müssen die Anfragen gerade-
zu staatsgefährlich sein, denn die Hildes-
heimer Allgemeine Zeitung z. B. sieht sich in
ihrer Nummer 82 genötigt, einem Einsender
zu antworten:

F. N. Auf Grund der bestehenden Vor-
schriften können wir Ihnen die gewünschte
Angabe nicht machen.

Wenn das so weiter geht, wird der Beruf
eines Briefkastenonkels bald gefährlicher sein
als der eines politischen Redakteurs.

Der Aprilscherz

Die »Pommersche Zeitung« hatte kürzlich
mitgeteilt, daß sämtliche Zeitungsverleger
Pommerns beschlossen hätten, in Zukunft
keine jüdischen Inserate mehr aufzunehmen.
Die Nazipresse nannte diese Mitteilung einen
»Lichtblick der erlabend wirkte.« Nun berichtet die »Pommersche Zeitung«, daß
sie mit ihrer Mitteilung einem »April-
scherz zum Opfer gefallen sei.« Jüdische Inserate würden »nach wie vor
angenommen.«

Witze auf ihn machten, verfuhr er ganz be-
sonders grausam. Tyrannen sind immer miß-
traulich. Besonders mißtraulich sind sie gegen
ehemalige Freunde, die vielleicht einmal an-
ders denken und anders wollen als er selbst.
Es kam zu privaten Aktionen des Tyrannen,
bei dem er Freunde von ehemals und alte
Feinde umbringen ließ.

»Wer meint das Fräulein bloß?«

»Beruhige Dich, Emma, ich bin gleich fer-
tig, dann müßt Ihr selbst darauf kommen.«

»Wir wissen doch schon« jubelten einige
Mädel — »das kann ja gar kein anderer als
...«

»Na vorläufig weißt Du es wahrscheinlich
noch nicht. Also Geduld.«

»Der Tyrann verächtete bei jeder Gelegen-
heit, daß Staat und Volk, seitdem er es führe,
besser und besser ergangen sei, daß es besser
und immer wieder besser werden würde. Dabei
verachtete er sich die Lage so, daß die Gegen-
er trotz aller Gefahren heimlich und sogar
halb öffentlich zu meckern wagten. Die Sache
ging bei zeitweiliger Scheinblüte katastrophal
aus. Athen hat durch ihn seine politische Welt-
geltung auf immer verloren.«

»Athen?«

»Ach nun habe ich mich versprochen, ich
Ich durfte Euch ja nicht sagen, daß es sich
um Athen handelt. Jetzt wißt Ihr wohl alle,
daß ich von dem Gerber Kleon gesprochen
habe.«

Die Mädchen schauten sehr verdutzt drein.
Ein Altklüge meinte:

»Fräulein will wohl auch sagen, daß alles
schon einmal dagewesen ist?«

Da platzten die Mädchen lachend los; ein
paar fühlten sich gekränkt und heulten.

Die Lehrerin vermerkte weiter:

»Wenn Ihr mal älter geworden seid, werdet
Ihr das in Thukydides »Geschichte des Pelopon-
nesischen Krieges« lesen können. Vielleicht
wollen sich einige von Euch noch näher mit
dem Gerber Kleon befassen. Die können Franz
Emmingers Werk »Der Athener Kleon« stu-
dieren. Ihr werdet sehen, daß Zug um Zug
meiner Charakteristik mit vielen Beispielen
belegt worden ist.«

Anhaltende Heiterkeit, verhaltener Jubel;
bedeippt und bestürzt die paar anderen.

»Dieser Gerber Kleon hat mustergültig für
alle Zeiten einen Typ in der Politik geschaffen.
Man nannte ihn einen Demagogen. Das bedeu-
tet eigentlich Volksführer. So hat er sich ver-
mutlich selbst genannt und befehlswiese nen-
nen lassen. Als man sah, was er angestrichelt
hatte, gab man dem Wort die Bedeutung
Volksverführer. Alle politischen Charlatane
mit großem Karrier-Erfolg, besonders diejeni-
gen, die solche Erfolge mit den verwerflich-
sten und ordinärsten Mitteln erzielen, nennt
man bis auf den heutigen Tag Demagogen
gleich Volksverführer.«

Eine Vorlaute fragte: »Und wie dachten
die Athener über Kleon nach seinem Tod?«

»Die Blendung wich, aber sie hörte noch
nicht völlig auf. Der große Satiriker und Ko-
mödiendichter Aristophanes hat gegen ihn das
Theaterstück »Die Ritter« geschrieben. Die
Theatergoßler weigerten sich noch mehrere Jah-
re nach Kleons Tod, die ihm zugedachte Rolle
zu übernehmen. Schließlich hat das Aristoph-
phanes selbst getan.«

»Damals gab es doch« fragte eine andere
Schülerin »große Philosophen wie Sokrates
und Plato. Was sagten die dazu?«

»Die zerbrachen sich den Kopf, wie es
möglich war, daß dieser Schreiber, Hetzer,
Lügner und größenwahnsinnige Renommist
Staatsoberhaupt werden und als eine Art
Messias gefeiert werden konnte. Das Rätsel
ist niemals gelöst worden. Wo dieses Uner-
klärliche doch Tatsache wird, spricht man
von einem Treppenwitz in der Weltgeschich-
te. Der Fall Kleon ist bisher einer der unge-
heuerlichsten Treppenwitze der Weltgeschich-
te geblieben.«

Diese Hände

»Richard Strauß führte dem Führer
die von ihm komponierte »Olympische
Hymne« vor. Der Führer war begeistert
und ergriff ostentativ des Kompo-
nisten Hände.«

(Aus einer deutschen Zeitung.)

Eine Drohung gegen Bassermann

Albert Bassermann hat den Ifflandring,
den er seit dem Jahre 1911 trug, dem ver-
storbenen Moissi mit ins Grab gegeben. Der
Ifflandring wird seit vielen Generationen vom
Träger dem jeweils besten Schauspieler wei-
tergegeben. Bassermann hat damit eine
schöne und bedeutende Geste getan.

Die nationalsozialistische Presse, die Moissi
als Juden mit Schmutz bewirft, greift Bas-
sermann an. — So die »Westfälische Landes-
zeitung«:

»Und über die Frage, ob Moissi der größ-
te deutsche Schauspieler gewesen sei, brau-
chen wir gar nicht zu disputieren. Aber
der lebende Albert Bassermann wird sich
noch hierorts für seine Handlungsweise,
die einen Affront gegen das neue Deutsch-

land darstellt, zu rechtfertigen
haben.«

Bassermann lebt im Ausland. Diese Zeilen
klingen wie eine Drohung, ihn mit Ge-
walt nach Deutschland zu schleppen! Die Affäre Jacob ist diesen Burschen
gerade gut genug, um damit zu prahlen!

Oller Marxist

»Sie dürfen Ihr Kind, auch wenn es noch
so gesündigt hat, nicht »oller Marxist«
nennen. So etwas vergißt ein empfindliches
Kind sein ganzes Leben nicht.«

(Briefkastennotiz in einer deutschen
Zeitung.)

Der politische Jagdschein

Göring hat eine Ausführungsverordnung
zum Reichsjagdgesetz erlassen, in der es u. a.
heißt:

»Sämtliche zur Zeit gültigen Jagdschei-
ne, auch die für mehrere Jahre ausgestell-
ten unentgeltlichen, werden mit dem 1.
April 1935 ungültig. Die Jagdbehörden
haben sich darüber zu unterrichten, wenn
der Jagdschein zu versagen ist. Zu den
Versagungsgründen gehört auch die nach-
gewiesene politische Unzuverlässigkeit des
Antragstellers.«

Politisch unzuverlässige Leute dürfen nicht
mal mehr auf Spatzen schießen. Dafür sind
sie im Besitz eines passiven Jagdscheines: es
darf auf sie geschossen werden.

Der feuergefährliche Führer

»Der Führer sah der Künstlerin nur
für Sekunden tief in die Augen. Sie wurde
ganz blaß, so, als ob der Blick sie ver-
sengt hätte...«

(Aus einem »Stimmungsbild« in einer
Nazi-Zeitung.)

Die Wirtschaftsarmee des Dritten Reiches

Die Organisation der Kriegswirtschaft vollendet

Der Wirtschaftsdiktator Schacht hat befohlen, daß die Arbeitsfront des Herrn Ley in seinem »Aufbau der gewerblichen Wirtschaft« aufzugehen habe. Um die Bedeutung dieses wichtigen Aktes der Gesetzgebung des Dritten Reiches zu verstehen, muß man wissen, was dieser »Aufbau der gewerblichen Wirtschaft« eigentlich darstellt.

Der »organische Aufbau« ist eine Zusammenfassung alles dessen, was es bisher an organisatorischen Zusammenfassungen des Unternehmertums gegeben hat. Die alten, jetzt in Zwangsverbände umgewandelten Unternehmerverbände, werden mit den neugebildeten Fachschaften und den Industrie-, Handels- und Handwerkskammern zusammengefaßt. Es werden also bisher private Verbände mit staatlichen oder halbstaatlichen Körperschaften verbunden. Die Gliederung ist zugleich fachlich und räumlich, sie erfolgt zugleich nach Sachgebieten und nach Bezirken. Fachlich ist das Gewerbe in sechs Reichsgruppen aufgeteilt: Industrie, Handwerk, Handel, Banken, Versicherungen und Energiewirtschaft. Die Reichsgruppen sind unterteilt in Wirtschaftsgruppen, die Wirtschaftsgruppen in Fachgruppen, die Fachgruppen in Fachuntergruppen. Die organisatorisch von einander getrennten Fachgruppen sind räumlich in Bezirksgruppen zusammengefaßt, die Bezirksgruppen mit den Industrie-, Handels- und Handwerkskammern zu Wirtschaftskammern zusammengefaßt, die in der Reichswirtschaftskammer ihre Spitze erhalten. Dieses komplizierte Ineinander und Nebeneinander von fachlichen und räumlichen Teilungen und Unterteilungen ist ein höchst künstliches Gebilde und alles andere als organisch. Aber wichtiger noch als die Frage nach der Form dieses Aufbaues ist die Frage nach seinem Zweck.

Man könnte meinen, daß Herr Schacht mit seiner Organisation der gewerblichen Wirtschaft ein Gegengewicht gegen die starre Organisation von Darrés Reichsnährstand schaffen wollte. Inzwischen hat sich ja aber Schacht und sein Beauftragter Goerdeler zu einer Art Vorgesetzten Darrés befördern lassen, so daß es dazu eines so komplizierten Apparates nicht bedurft hätte. Man könnte auch meinen, Schacht sei bestrebt, die Dekretwirtschaft des Dritten Reiches dadurch zu lockern, daß er sie durch eine Art von Selbstverwaltungskörpern ergänzt, den Dekretismus durch einen halb-demokratischen Ständeordnungersatz zu mildern sucht. Das würde voraussetzen, daß der Aufbau das wirklich ist, als was er im Gesetz bezeichnet wird: ein Selbstverwaltungskörper. Das ist er aber keineswegs. An der Spitze jeder der Gruppen steht ein Leiter. Die Leiter haben nach dem Gesetz »die Gruppe im Sinne des nationalsozialistischen Staates zu führen. Der Leiter ist der Gruppe und den Leitern der übergeordneten Gruppen für die ordnungsmäßige Führung der Gruppe verantwortlich«. Die Leiter werden nicht von den Mitgliedern gewählt, sondern von den Leitern der nächsthöheren Gruppen ernannt und der höchste vom Reichswirtschaftsminister höchstselbst. Jedem Leiter ist ein Beirat zugeordnet, aber auch dieser wird ernannt und nicht gewählt und seine Ernennung ist an die Zustimmung des Leiters der Gruppe übergeordneten Gruppe gebunden. Der Leiter bestimmt diktatorisch mit der Satzung seiner Gruppe zugleich seine eigene Rechtsstellung innerhalb der Gruppe und gegenüber ihren Mitgliedern. Der organische Aufbau ist also alles andere als ein Selbstverwaltungskörper und alles andere als ständisch. Mit ihm ist vielmehr der Gedanke der Ständeordnung, der das Uebergewicht des Großunternehmertums verhindern soll, endgültig zu Grabe getragen. Herr Schacht hat sich mit dieser Hierarchie der mit autoritärer Kommandogewalt ausgestatteten und nur ihm verantwortlichen Leiter ein Instrument geschaffen, mit dem er auch den letzten Unternehmer seiner Befehlsgewalt und Kontrolle unterwerfen kann.

Diese Hierarchie ist ein Röhrensystem, durch das Informationen von unten nach der Spitze und Weisungen von der Spitze nach unten auf raschestem und wirksam-

stem Wege geleitet werden können. Das ist die Form, was aber ist ihr Inhalt?

Darüber finden wir reichen Aufschluß in einer Diskussion über das »Organisationsproblem in der deutschen Wirtschaft«, die von der Zeitschrift »Der deutsche Volkswirt« veranstaltet worden ist und worin die wichtigsten Vertreter von Schachts Organisation zu Worte kommen. Dr. C. Ungewitter, Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie, äußert sich sehr eindeutig darüber, wie hier der »Grundsatz der Selbstverwaltung« zu verstehen ist:

»Es handelt sich also bei der Selbstverwaltung nur um die Uebertragung einer selbständigen Kommandogewalt in bestimmtem Rahmen. Es handelt sich um eine Mittlerstellung zwischen Staat und Privatwirtschaft, welche dem Staat Anregungen und Informationen weiterleitet und vom Staat her Befehle übermittelt und die Industrie im Sinne des Gemeinschaftsgeistes betreut und erzieht.«

Wer sind nun diese Leiter, die unter Schachts Oberbefehl Kommandogewalt ausüben? Der Leiter erfüllt seine Aufgabe ehrenamtlich und ist gleichzeitig und hauptberuflich in der Industrie tätig. Er kann »sehr eingehende Einblicke auch in solche geschäftliche Vorgänge und Tatsachen nehmen, deren Geheimhaltung für den Betrieb lebenswichtig ist«. Daraus ist zweierlei zu entnehmen: erstens, daß der organische Aufbau die Organisation ist, mit der sich Schacht einen vollkommenen Einblick in und einen Ueberblick über alle Tatsachen und Vorgänge des Wirtschaftslebens beschaffen kann. Ferner: die Leiter der Gruppen werden selbstverständlich überwiegend Trustmagnaten oder doch zum mindesten Großunternehmer sein, weil ihre Bedeutung für die Aufrüstung entscheidend ist. Der Leiter muß, meint Dr. Ungewitter, »in seinem Betrieb ein anderer sein, als er es ist, wenn er die Leitung der Wirtschaftsgruppe ausübt«. Zwei Seelen wohnen, ach, in seiner Brust. Damit sie miteinander nicht in Streit geraten, ist es am zweckmäßigsten, sie miteinander zu verschmelzen. Mit der Befehlsgewalt und der unbeschränkten Kontrolle über seine Konkurrenten wird das ökonomische Uebergewicht der als Leiter bestellten Trustgewaltigen maßlos gestärkt. Sie sind zugleich die Berater des Reichswirtschaftsministers und die Vollstrecker seiner Befehle. Schachts Wirtschaftspolitik wird also im wesentlichen von ihnen bestimmt.

Im modernen Krieg ist die Wirtschaft ebenso sehr ein Teil der Armee wie das kämpfende Heer. Betrachtet man den organischen Aufbau näher, dann fällt auf, wie sehr seine Gliederung der Organisation der Armee gleicht.

Wie die Wirtschaft fachlich zugleich und räumlich, so ist die Armee nach Truppengattungen und zugleich nach ihren Standorten gegliedert. Der Fachgruppe entspricht die Truppengattung, der bezirksmäßigen Zusammenfassung der Fachorganisationen die Truppenformationen. Es kommt hinzu, daß auch die Kartelle in den Aufbau eingegliedert oder Kartellfunktionen der Fachgruppen übertragen werden sollen. Danach wäre Schachts Wirtschaftsorganisation ein Mittel, die Gesamtwirtschaft, Produktion wie Marktwesen, einem einheitlichen Kommando zu unterwerfen. In der Verordnung vom 4. September 1934 ist dem Reichswirtschaftsminister eine Ermächtigung erteilt, deren § 1 lautet:

Der Reichswirtschaftsminister wird ermächtigt, den Verkehr mit Waren zu überwachen und zu regeln, insbesondere Bestimmungen über deren Beschaffung, Verteilung, Lagerung, Absatz und Verbrauch zu treffen.

Damit ist Schacht eine unbeschränkte Vollmacht zu jeglichem Eingriff in die Privatwirtschaft erteilt. Sie ist bis jetzt noch nicht voll zur Anwendung gekommen. Aber diese Ermächtigung wird dann wirksam werden, wenn auch die Stunde für den organischen Aufbau geschlagen hat.

Schacht ist der künftige Oberbefehlshaber der kämpfenden Wirtschaft wie Blomberg oder Seeckt oder wer sonst vom Hitler dazu ernannt wird, der Ober-

befehlshaber der kämpfenden Truppen sein wird. Die Organisation dieses organischen Aufbaues ist ebenso ein Teil der Vorbereitung des künftigen Krieges wie die eigentliche Aufrüstung.

Mit dem Verzicht auf einen Teil seiner Verfügungsgewalt verzichtet das Unternehmertum keineswegs auf die Vertretung seiner Interessen. Im Gegenteil: Schacht hat mit seiner Organisation dafür gesorgt, daß sie so wirksam vertreten werden können, wie das im Rahmen einer kämpfenden Wirtschaft möglich ist. In dieser Situation hat Schacht zwar das Kommando, aber die großen Industriemagnaten die Leitung. Schacht herrscht, aber die Konzerngewaltigen regieren. Gerade damit sie regieren können, müssen sie darauf verzichten, allein zu herrschen. Sie verzichten auf einen Teil ihrer Verfügungsgewalt, um die Verfügung behalten zu können.

Auf der Leipziger Messe hat Schacht verkündet, daß auch Leys Arbeitsfront in Schachts Wirtschaftsarmee ein-

zuschwenken habe. Die Arbeitsfront hat damit aufgehört, eine äußerlich selbständige Organisation zu sein und Herr Ley den Führer zu spielen. Bisher schon hatten in der Arbeitsfront die Arbeiter am allerwenigsten und nur die von Ley als Führer eingesetzten Nazibonzen etwas zu sagen. In Zukunft wird es auch damit vorbei sein. Ley ist Schachts Kommando unterstellt und hat selbst nichts mehr zu bestellen. Die Arbeitsfront wird ein Teil der Wirtschaftsorganisation Schachts und, da in Zukunft jeder Unternehmer auch Mitglied der Arbeitsfront sein muß, praktisch zur Unternehmerorganisation. Das reibungslose Funktionieren des Apparates der deutschen Kriegswirtschaft kann durch eine wirksame Vertretung von Unternehmerinteressen nur gefördert, durch Arbeiterforderung so unzureichend sie auch von Herrn Ley vertreten worden sind, nur gestört werden. Die Kriegswirtschaft des Dritten Reiches ist um der Wirtschaftsführer willen da, nicht um der Gefolgschaft willen, die in der Wirtschaftsarmee des Dritten Reiches nicht mehr Rechte hat, wie die Söldner des Alten Fritz und die sich mit der Ehre begnügen muß, sich stillschweigend zugleich als Kanonenerzeuger wie als Kanonenfutter gebrauchen und verbrauchen zu lassen.

G. A. Frey.

»Unternehmerpsychologie«

Einen interessanten Kommentar zur Rede des Dr. Schacht, in der er so stark die Notwendigkeit des Exports betonte, liefert »Der deutsche Volkswirt«. Diese Wirtschaftszeitschrift, der man zugestehen muß, daß sie die Interessenwünsche der Industriellen in der offenen Form von Forderungen an die Regierung im Dritten Reich vertritt, rühmt Dr. Schacht nach, daß er

»Sehr ernste Worte sowohl über die Umstellung der Unternehmerpsychologie, wie über die überflüssigen Hemmungen, die dem tüchtigen und fleißigen Industriellen noch immer zum Schaden der Allgemeinheit beibringen. In Anbetracht dessen, daß das Vertrauen zur absoluten Rechtssicherheit in der Unternehmerpsychologie eine sehr große Rolle spielt, und ohne dieses Vertrauen von keinem Betriebsführer im Kampf um den Export irgendwelche Leistungen erwartet werden können, ist in diesem Zusammenhang das offene Wort Dr. Schachts über die Drohung mit Ehrengerichtsentscheidungen u. dergleichen ebenso zu begrüßen, wie der bemerkenswerte Erlaß seines Kollegen Dr. Frick über die Verhängung und Durchführung der Schutzhaft, der ihre Anwendung auf Grund irgendwelcher wirtschaftlicher Maßnahmen ausdrücklich untersagt.«

Man muß wissen, daß die vereinzelte In-schutzhaftnahme von Unternehmern von den Nationalsozialisten als Ausdruck der im Dritten Reich waltenden »sozialen Gerechtigkeit« hingestellt worden ist und außerdem als Beweis dafür, daß Hitler eben auch die Kapitalisten zur Raison bringe. Das Ehrengericht gar wurde als Clou der sozialen Gesetzgebung gefeiert. Es konnte dem Unternehmer die Eigenschaft als Betriebsführer abspreiben, ihn also als Unternehmer — ausschalten. Nicht, weil er die Arbeiter ausbeutet und Profite einheimst — für diese Möglichkeit hat Hitler ihnen ja größere Sicherheiten gegeben, als sie vorher hatten, sondern weil er irgendwie gegen die Moral des Dritten Reiches verstoßen hatte.

In den wenigen Fällen, in denen die Ehrengerichte bisher die Betriebsführereigenschaft aberkannt haben, handelt es sich denn auch nicht um Großkapitalisten, sondern in der Mehrzahl um kleine Handwerksmeister und Bauern. Dennoch haben die Nationalsozialisten mit dem Plunder der Ehrengerichtsentscheidungen die Täuschung der Arbeiter betrieben.

Nach der Rede Dr. Schachts und nach der Interpretierung, die der ihm so nahestehende »Deutsche Volkswirt« gibt, wird es mit der ganzen Ehrengerichts-Rechtsprechung gegen Unternehmer bald ganz vorüber sein.

Die unsichtbare Armee

Es gibt in Deutschland eine unsichtbare Armee der Unzufriedenen, Enttäuschten, Betrogenen und Verängstigten. Sie zählt viele Millionen. Selbst nach einigen Offensiven der Nationalsozialisten gegen sie ist sie nicht geringer geworden. Die Erneuerer Deutschlands fühlen sich von ihr überall umzingelt und sind gezwungen, täglich gegen die unsichtbaren Millionen vorzustößen.

In Leipzig haben sie Anfang März ein Flugblatt gegen die Hamsterer und Meckerer zur Verbreitung gebracht, in dem die längst bekannten Beruhigungsphrasen Hitlers und Dr. Schachts wiedergekauft sind. Die Erklärungen der Männer des heutigen Staates, so

wird darin gesagt, seien von ehrlicher Offenheit und »wer trotz dieser Offenheit immer nur nörgelt und miesmacht, beweist, daß er ein unverbesserlicher Meckerer ist.«

Der Führer und seine Clique können noch so »offen« erklären — die Ursachen der Unzufriedenheit, der Enttäuschung und des Gefühls des Betrogenseins beseitigen sie damit bei den Millionen tyrannisierten Menschen doch nicht.

Sie sind sich darüber selbst im klaren, denn sie begnügen sich nicht mit der gütlichen Beeinflussung. In Leipzig läßt sich in letzter Zeit öfters die Beobachtung machen, daß Amtswalter in Zivil in einfache Gaststätten und Kneipen gehen, in denen vorwiegend Arbeiter und Kleinbürger zu verkehren pflegen, um die Gäste auszuhorchen und zu provozieren. An dem unsauberen Handwerk beteiligen sich meistens gleichzeitig mehrere. Sie kommen nicht auf einmal in die Gaststätten, und setzen sich auch nicht an einen Tisch, sondern in der Nähe verteilt. Während der eine oder mehrere provozieren, beobachtet ein dritter, ob jemand auf die Provokationen hereinfällt. Geschieht das, so wird die sofortige Festnahme des Opfers durch die Polizei veranlaßt.

Durch diese Methode soll die Bevölkerung kirre gemacht und der wachsende passive Widerstand gebrochen werden!

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kc 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kc 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kc 2.— (Kc 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.— (24.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Gld. 0.30 (3.60), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.— (24.—), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.018 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Saargebiet F. Fr. 1.50 (18.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.394. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.